
I N L A N D

Bundespräsident dankt Nuntius für "Wirken in unserem Land"	2
Van der Bellen: Nuntius hat sich bei Personalentscheidungen als Diplomatischer Vertreter des Heiligen Stuhl und als Doyen des Diplomatischen Corps bewährt	
Glettler: Gegen Missbrauch "Kultur des aufmerksamen Hinschauens"	2
Sparprogramm: Erzbischof Lackner für "konstruktive Lösungen"	3
Lackner ruft auf zur Unterstützung der Aktion "Sei so frei"	4
Bischof Zsifkovics leitet Vukovar-Gedenken und besucht Djakovo	5
Mindestsicherung: Caritas blickt sorgenvoll auf Reform-Vorhaben	6
Ethikerin: Keimbahneingriff für Forschung ein Schlag ins Gesicht	7
Mehrerau: Neuer Abt will Klostersgemeinschaft stärken	8
Ungarn: Altabt Varszegi wünscht sich stärkere Zivilgesellschaft	9
Wien: "Preis der Orden 2018" gleich vier Mal verliehen	11
Orden: "Prophetische Präsenzen" in politisch schwierigen Zeiten	12
Österreichs Frauen- und Männerorden künftig unter einem Dach	13
Georgisch-orthodoxe Kirche diskutierte in Wien über Bildung	13
Gewalt gegen Frauen: Linzer Dom noch bis 3. Dezember beleuchtet	15
Stadt Wien vergab Menschlichkeitspreis an Caritas-Socialis-Helfer	15

V A T I K A N & R O M

Parolin: Positive Aspekte von Migration werden oft geschmäler	17
"In Debatte über Beziehung von Migration und Entwicklung ist Beitrag der Migranten für Fortschritt der Zielländer nicht völlig anerkannt worden", schreibt der vatikanische Kardinalstaatssekretär im Vorwort eines neuen Buches über Einwanderung	
Internationale Experten beraten im Vatikan über Drogen und Sucht	17
Franziskus besuchte Ausstellung zu russischer Malerei im Vatikan	18
Papst 2019 bei UN-Organisation für Agrar-Entwicklung zu Gast	18
Vor 750 Jahren begann die längste aller Papstwahlen	18
Italienische Ordensfrau "Gerechte unter den Völkern"	19

A U S L A N D

Müller: Straffällige Priester vor weltliches Gericht stellen	20
Früherer Präfekt der Glaubenskongregation vermisst tiefer gehende theologische Analyse zum sexuellen Missbrauch durch Priester	
Zeitung: Missbrauch in Belgiens Kirche vor allem in Internaten	21
Orden: Salvatorianerinnen weltweit unter neuer Leitung	21
US-Abtreibungsgegner: Kein Geld für Forschung mit Föten-Gewebe	22
Zentralafrika: Kardinal warnt nach Massaker vor weiterer Gewalt	22
Tijuanas Erzbischof fordert Investitionen in Mittelamerika	23
Radio Maria Ungarn startet Internetradio für Roma	24

I N L A N D

Bundespräsident dankt Nuntius für "Wirken in unserem Land"

Van der Bellen: Nuntius hat sich bei Personalentscheidungen als Diplomatischer Vertreter des Heiligen Stuhl und als Doyen des Diplomatischen Corps bewährt - Erzbischof Zurbriggen in Dankwort: "Habe in Wien die schönsten Jahre im diplomatischen Dienst verbracht"

Wien, 27.11.2018 (KAP) Bundespräsident Alexander Van der Bellen hat am Dienstag bei einem Festakt in der Wiener Hofburg den scheidenden Apostolischen Nuntius, Erzbischof Peter Stephan Zurbriggen, namens der Republik für sein neunjähriges "Wirken in unserem Land" auf den drei Ebenen Ortskirchenleitungs-Organisation, diplomatische Vatikan-Vertretung und Diplomatie-Doyensfunktion gedankt. Der Nuntius wurde bei dem Festakt mit einem hohen Orden ausgezeichnet; dabei handelt es sich um das Große Goldene Ehrenzeichen am Bande für Verdienste um die Republik Österreich.

Wie Van der Bellen erinnerte, seien seit 2009 unter Mithilfe Zurbriggens "immerhin für acht der zehn österreichischen Diözesen neue Bischöfe ernannt" worden, und diese "Neuen" seien "von den Katholikinnen und Katholiken ihrer Diözesen mit großem Wohlwollen angenommen" worden. Das zeige, dass Zurbriggen bei Personalentscheidungen "mit Sorgfalt und Umsicht" vorgegangen sei.

Auch als Diplomatischer Vertreter des Heiligen Stuhls und als Doyen des Diplomatischen Corps habe sich Erzbischof Zurbriggen bewährt. Die guten Vatikan-Wien-Beziehungen "wurden mir im vergangenen Jahr bei meinen Besuchen in Rom bei Papst Franziskus und Kardinalstaatssekretär Parolin ausdrücklich bestätigt", hob der Bundespräsident hervor. Als Doyen, Repräsentant und Sprecher des Diplomatischen

Corps habe Zurbriggen überdies "mit großer Sorgfalt sowie mit großem diplomatischen Geschick und viel menschlicher Wärme" agiert.

Nuntius Zurbriggen erinnerte an seine Schweizer Herkunft und die uralte Verbundenheit der beiden Nachbarländer. "Die Schweizer haben die Habsburger nach Österreich geschickt, und jetzt bedanken sich die Österreicher bei einem Schweizer mit dieser Habsburger-Schärpe", so Zurbriggen in seinen humorvollen Dankesworten und im Blick auf den erhaltenen rot-weiß-roten Umhänge-Orden. Er habe in Wien seine schönsten Jahre im diplomatischen Dienst verbracht, bekannte er.

Was ihn sehr freue, sei der Zuspruch der Diözesen für die seit 2009 ernannten Bischöfe. Er sei "stark verbunden" mit ihnen. Im Blick auf die wegen des Wechsels von Alois Schwarz nach St. Pölten jetzt entstandene Vakanz in Gurk-Klagenfurt sagte Zurbriggen, "der erste Teil in Gurk ist abgehakt, für den zweiten Teil reicht es nicht mehr, aber man muss ja auch dem Nachfolger etwas lassen".

Abschließend berichtete der Nuntius, dass er seinen Ruhestand ab Dezember in Brig im Wallis verbringen werde, wo auch sein Bruder lebe. Er wolle nicht über den Abschied trauern, obwohl es Grund dafür gebe, und er zitierte den kolumbianischen Dichter Gabriel Garcia Marquez: "Sei nicht traurig, dass es vorbei ist, sondern sei froh, dass es schön war."

Glettler: Gegen Missbrauch "Kultur des aufmerksamen Hinschauens"

Innsbrucker Bischof in ausführlicher Stellungnahme zur Missbrauchsdebatte: In der Kirche "Null-Toleranz" und große Entschiedenheit bei Prävention und Aufarbeitung - Zölibat nicht als Ursache sehen

Innsbruck, 27.11.2018 (KAP) Der Innsbrucker Bischof Hermann Glettler hat im Namen seiner Diözese ein klares Bekenntnis für einen kompromisslosen Einsatz gegen Missbrauch in den Reihen der Kirche abgelegt. "Nur genaues Hinsehen

und der Wille zu Wahrhaftigkeit und Gerechtigkeit können den konkreten Menschen helfen. Wir als Kirche möchten mit großer Entschiedenheit diesen Weg gehen", schrieb er in einer Stellungnahme, die am Dienstag auf der Website der

Diözese Innsbruck veröffentlicht wurde und den Titel "Entschieden einen neuen Weg gehen" trug.

Die Kirche müsse ein "sicherer Ort für Kinder und Jugendliche" sein. Sie bekenne sich daher - und im Speziellen auch die Diözese Innsbruck - unmissverständlich zum von Papst Franziskus geforderten "Null-Toleranz-Prinzip", besonders in Fällen mit Minderjährigen und allen besonders Schutzbedürftigen. "Es gilt, die viel zu lange gestützte 'Mauer des Schweigens' aufzubrechen, das Thema Gewalt und sexualisierte Gewalt aufzubrechen und eine Kultur des aufmerksamen Hinschauens zu schaffen", so Glettler.

Die in den vergangenen Jahren bekannt gewordenen Vorfälle von Priestern und Ordensangehörigen hätten das Vertrauen in die Kirche nachhaltig beschädigt, und die Zahlen, die in jüngsten Studien wie etwa in Deutschland vorgelegt worden seien, seien "beschämend". Die bisher bereits mehrmals ausgesprochenen Entschuldigungsbitten seien ehrlich gemeint und "längst fällige menschliche Gesten", offenbarten aber zugleich eine Unbeholfenheit im Umgang mit den tiefen Enttäuschungen und seelischen Wunden.

Dennoch seien den Worten Taten gefolgt, hob Glettler hervor: So sei österreichweit - und auch in Tirol - eine "schonungslose Aufklärungsarbeit zusammen mit den zivilen Rechtsinstanzen" geleistet und eine unabhängige Opferschutzkommission eingesetzt worden. "Deren Entscheidungen sind für uns kirchliche Verantwortungsträger verpflichtend", bekannte der Bischof. Ebenso habe man sofort mit konsequenter Prävention in allen kirchlichen Bereichen und mit für alle kirchlichen Beschäftigten - Kleriker wie Laien - begonnen.

Ausdrücklich dankte Glettler den Verantwortlichen dieses "unmissverständlichen Weges der Transparenz und der Prävention", die sich

dafür schon vor seiner Amtszeit in Innsbruck eingesetzt hätten. Besonders würdigte der Bischof seinen Vorgänger Manfred Scheuer und dem damaligen Generalvikar Jakob Bürgler, unter deren Leitung in der Diözese bereits 2012 eine externe Ombudsstelle, eine Opferschutzkommission und eine Planstelle für Präventionsarbeit eingerichtet wurde. Die hier in diesem Bereich geleistete Arbeit könne sich sehen lassen und entspreche den "höchsten professionellen Standards", so Glettler.

Gleichzeitig mahnte der Innsbrucker Oberhirte, dass es auch im Zuge von Aufklärung und schonungsloser Offenlegung von Missbrauchsvergehen keine Pauschalverurteilung oder Generalverdacht geben dürfe. "Die ursächliche Verbindung von Zölibat und Missbrauch ist unzulässig und im Namen der Vielen, die mit großer Hingabe für die Menschen eine zölibatäre Lebensform gewählt haben, in höchstem Maß unfair", so Glettler. Es sei dennoch möglich gewesen, "dass Menschen mit pädosexuellen Neigungen sich unter dem Deckmantel des Zölibats den Zugang zu Minderjährigen erschlichen, diese gefährdet und durch Strafhandlungen lebenslanges, unsägliches Leid verursacht haben", bekannte der Bischof.

Der Schutz der Kinder und Jugendlichen müsse künftig eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sein, forderte Glettler. Eine diesbezügliche Mahnung dazu seien die jährlich von den Opferschutzeinrichtungen ausgewiesenen heimischen Zahlen, die etwa im Bereich familiärer Gewalt "erschreckend hoch" seien. Wichtig sei es weiterhin, dass die in vielerlei Hinsicht mit diesem Problem Beschäftigten Netzwerke bildeten. "Auch als Teil eines solchen gesamtgesellschaftlichen Netzwerkes wird sich die Kirche zukünftig konstruktiv einbringen", versprach der Bischof.

Sparprogramm: Erzbischof Lackner für "konstruktive Lösungen"

Diskussionen um Nulllohnrunde und Einsparungen im laufenden "Zukunftsprozesses" der Erzdiözese Salzburg - Erzbischof Lackner in Rundschreiben an die Mitarbeiter: Vorschläge über Ausrichtung der Erzdiözese "breit und ohne Tabu, intern und auf sachlicher Ebene" diskutieren

Salzburg, 27.11.2018 (KAP) Der Salzburger Erzbischof Franz Lackner hat sich zu den laufenden Lohnverhandlungen und geplanten finanziellen Einsparungen in seiner Erzdiözese zu Wort gemeldet. Er setze auf "konstruktive Lösungen" und stehe für das Gespräch zur Verfügung, wandte

sich Lackner am Montag in eine Rundschreiben an alle diözesanen Mitarbeiter. In dem "Kathpress" vorliegenden Statement bezog sich der Erzbischof auf "Unsicherheit", die zwei Berichte der "Salzburger Nachrichten" (SN) in den vergangenen Tagen ausgelöst hätten. Dass die Debatte

über die Medien ausgetragen wurde, verstehe er nicht, hielt Lackner fest.

Im Rahmen des seit 2016 laufenden "Zukunftsprozesses" der Erzdiözese Salzburg seien deren Arbeitsbereiche einer "intensiven Evaluierung" unterworfen, Ideen für eine "Kirche von Morgen" erarbeitet sowie Umsetzungsvorschläge erstellt worden, berichtete der Erzbischof. Diese Vorschläge gelte es nun zu diskutieren, "breit und ohne Tabu, intern und auf sachlicher Ebene". Ein Thema sei dabei der Umgang mit den vorhandenen Ressourcen; schließlich würden die Kirchenbeiträge laut Berechnungen auf lange Sicht stagnieren, und dies bei zuletzt stark gestiegenen Personalkosten. Einsparungen seien daher erforderlich.

Der Finanzkammerdirektor der Erzdiözese, Cornelius Inama, habe gegenüber den Salzburger Nachrichten "wichtige Entwicklungen angesprochen, denen sich die Erzdiözese aus wirtschaftlicher Sicht stellen muss", schrieb Lackner. Nachsatz: "Welche inhaltliche Ausrichtung aber vorgegeben wird, entscheidet und verantwortet der Erzbischof mit seinem Konsistorium, in dem unsere Erzdiözese in ihrer Vielfalt repräsentiert ist, im intensiven Austausch mit den Beratungsgremien, wie dem Pastoralrat."

Das Geld müsse "dienen, nicht regieren", zitierte der Erzbischof Papst Franziskus, zudem wolle man die an die Kirche gestellten Aufgaben annehmen. Er selbst sehe neben den Grundpfeilern der diözesanen Arbeit als "gesellschaftlich geforderte Schwerpunkte" u.a. die Bereiche Jugend, Familie und Bildung, erklärte Lackner. All diese Bereiche seien im Konsistorium - in dem das

Budget der Erzdiözese für 2019 am 12. Dezember beschlossen wird - vertreten. Die Erzdiözese sei mit den vorhandenen Gremien "so aufgestellt, dass unterschiedliche Meinungen gut und angemessen bearbeitet werden können".

Am Dienstag war laut einem SN-Bericht im Büro von Generalvikar Roland Rasser über die Gehälter der Mitarbeiter der Erzdiözese weiterverhandelt worden. Zuvor hatte die Betriebsversammlung den von Finanzkammerdirektor Inama geäußerten Vorschlag einer Nulllohnrunde abgelehnt. Die angekündigten Sparschnitte seien schwer nachvollziehbar angesichts steigender Erlöse aus dem Kirchenbeitrag, wurde Betriebsrätin Barbara Baumgartner zitiert. Zugleich fürchteten manche um den weiteren Bestand ihrer Einrichtung oder ihres Arbeitsplatzes.

Für Aufregung in der Erzdiözese sorgte auch, dass Finanzkammerdirektor Inama in den SN mit Verweis auf den "Zukunftsprozess" der Erzdiözese gemeint hatte, für die Kirche seien etwa Bildungseinrichtungen rein finanztechnisch betrachtet "nicht systemrelevant" und damit entbehrlicher als Priester oder die Lohnverrechnung. Insgesamt will Inama laut dem Bericht schon im kommenden Jahr 2,5 Millionen Euro einsparen. Damit soll die Erzdiözese bei je 53 Millionen Euro Einnahmen und Ausgaben wieder ausgeglichen bilanzieren. Langfristig, so schätzte der Salzburger Finanzkammerdirektor, würde ein Drittel der Stellen nach Pensionierungen nicht mehr nachbesetzt werden. Derzeit beschäftigt die Erzdiözese 659 hauptamtliche Laienmitarbeiter sowie 247 Priester (inklusive Pensionisten).

Lackner ruft auf zur Unterstützung der Aktion "Sei so frei"

Salzburger Erzbischof in Hirtenbrief zur Adventsammlung der Katholischen Männerbewegung: Schrei der Armen nach Gerechtigkeit hören

Salzburg, 27.11.2018 (KAP) Der Salzburger Erzbischof Franz Lackner hat zur Unterstützung der Adventsammlung "Sei so frei" der Katholischen Männerbewegung (kmbö) aufgerufen. Eine Spende für die zum 60. Mal durchgeführte entwicklungspolitische Aktion sei ein "Zeichen der geschwisterlichen Nächstenliebe", so der Erzbischof. Die Sammlung weise heuer eine besondere Verbindung zu seiner Diözese auf: Unterstützt wird u.a. die Initiative "Minka" für Bergbauernfamilien in Peru, deren Gründer Francisco San

Martin - er erhielt von der kmbö vor wenigen Tagen den renommierten "Oscar-Romero-Preis" - in Salzburg studierte.

Lackner verwies auf das erste Auftreten Jesu im Lukasevangelium, bei dem es heißt: "Ich bin gesandt, damit ich den Armen eine frohe Botschaft bringe." Die Armen seien nicht nur Teil dieser Welt, sondern auch "Teil unseres Glaubens und zeigen klar und deutlich, worum es im Kern des Evangeliums geht". Viele Menschen sehnten sich nach Gerechtigkeit angesichts der

Ungerechtigkeit in ihrer unmittelbaren Umgebung sowie der gesamten Welt - "von der stillen einsamen Nachbarin nebenan bis hin zum unterdrückten Schrei der Armen in fernen Ländern", so der Erzbischof, und weiter: "Wir können ihren Ruf, den Schrei nach Gerechtigkeit, hören."

Österreichweit wird in den Pfarren und Ordenshäusern im Advent die "Sei so frei"-Sammlung durchgeführt. Die Aktion hat seit ihrer Gründung im Jahre 1958 jährlich über 150 Projekte in Afrika und Lateinamerika unterstützt, mit einem finanziellen Gesamtvolumen von über fünf Millionen Euro. Schwerpunktländer sind u. a. Bolivien, Brasilien, Peru, Guatemala, Kenia, Kolumbien, Nicaragua, Tansania und Uganda. Zu den Hauptprojekten der heurigen Aktion gehört die von Francisco San Martin geleitete Initiative für

die Unterstützung von Klein-bauernfamilien in den peruanischen Anden, bei der u.a. Wasserspeicher zur Überbrückung von Trockenzeiten errichtet werden und die Umstellung auf biologische Landwirtschaft u.a. mit einer Starthilfe begleitet wird.

Die Versorgung einer Familie mit Bio-Saatgut kostet 25 Euro, rechnet die Initiative auf ihrer Homepage vor. Um eine Spende von 43 Euro können eine Scheibtruhe, eine Pflanzschere und ein Erntemesser für eine Familie angeschafft, um 500 Euro kann ein Wasserspeicher für eine Familie errichtet werden.

(Spendeninfo: "Sei so frei", IBAN: AT93 5400 0000 0039 7562; Online-Spenden: www.seisofrei.at/spenden)

Bischof Zsifkovics leitet Vukovar-Gedenken und besucht Djakovo

Eisenstädter Bischof appelliert bei Predigt vor Tausenden für Bereitschaft zu Vergebung und Versöhnung - "Geist des Balkans ausatmen und Geist Europas einatmen"

Zagreb-Eisenstadt, 27.11.2018 (KAP) Der Eisenstädter Bischof Ägidius Zsifkovics hat vergangenen Woche die kroatische Diözese Djakovo besucht. Höhepunkt war der von ihm geleitete Gedenkgottesdienst zum 27. Jahrestag des Falls von Vukovar, einem der tragischsten Momente des kroatischen Unabhängigkeitskriegs 1991-95. Der Kampf um Vukovar hatte 22.000 Tote gefordert, die Stadt an der Grenze zu Serbien wurde fast völlig zerstört. Mehr als zwei Jahrzehnte nach dem "Massaker von Vukovar" (20. November 1991) fand der Eisenstädter Bischof als Gastprediger vor Kroatiens Staatsspitze mutige Worte der Versöhnung. In seinem medial viel beachteten Appell an Kroatiens Gesellschaft rief er auf, "den Geist des Balkans auszuatmen und den Geist Europas einzuatmen".

Zsifkovics folgte einer Einladung des Erzbischofs von Djakovo-Osijek Djuro Hranic. Unter den Vukovargedanken-Pilgern waren auch der Erzbischof von Sarajevo, Kardinal Vinko Puljic, die kroatische Staatspräsidentin Kolinda Grabar-Kitarovic und die Regierungsspitze sowie weitere Bischöfe, zahlreiche Priester und Ordensleute. Mit den Zehntausenden Angereisten - viele davon aus der Diaspora - nahm der Ehrengast aus Österreich auch am Gedenkweg zu den Stätten der Massaker und Zerstörung teil.

Im Laufe der Woche besuchte Zsifkovics auch Einrichtungen der Diözese Djakovo,

darunter das Priesterseminar. Die Diözese Eisenstadt war im Jugoslawienkrieg Zufluchtsort für Priesterseminaristen aus der Diözese Djakovo.

Geschichte konstruktiv aufarbeiten

Zsifkovics betonte in seiner Predigt, dass es auch in Vukovar keinen anderen Weg als den der Versöhnung" geben könne. Er bat die Menschen um "Vergabung, Versöhnung und friedliches Zusammenleben als direkten Auftrag des Evangeliums Jesu Christi". Dazu gehöre es auch, keine Pauschalverurteilungen des serbischen Volkes vorzunehmen und gegen jede Form der Feindschaft zwischen den Völkern aufzutreten. "Es gibt keine kollektive Schuld, weder auf der einen noch auf der anderen Seite", so Zsifkovics in aller Deutlichkeit, "Schuld auf sich geladen haben einzelne Individuen". Dies gelte auch für die Konflikte zwischen katholischer und orthodoxer Kirche am Balkan, wo nur die Bereitschaft zu Vergebung und Versöhnung der Gesellschaft eine gute und friedliche Zukunft ermöglichen würde.

Der Bischof wies auf seine Grundstücksstiftung für den Bau des ersten orthodoxen Klosters in Österreich hin. Als großer Freund der Ökumene sei es für ihn unfassbar, welche Gräueltaten am Balkan unter Christen möglich gewesen seien. Vukovar möge in Zukunft nicht Symbol des Leids, sondern der "Aufarbeitung und der Gerechtigkeit" sein. Denn eine auf seelischer Reinigung basierende

Versöhnung könne ihrerseits "nur auf Grundlage der Wahrheit" geschehen.

Zsifkovics wörtlich in Hinblick auf die Tendenzen von Geschichtsverfälschung und Mythenbildung: "Öffnet die Archive und zieht die unwürdigen Archivare zur Verantwortung; atmet den Geist des Balkans aus, atmet den Geist Europas ein, denn ihr seid Europa!"

Kroatiens Politiker bat Zsifkovics, "damit aufzuhören, gesunde Kräfte für politisches Hickhack zu vergeuden". Der Bischof wörtlich: "Das Volk hat Euch gewählt, damit ihr konstruktiv arbeitet. Seid Baumeister, nicht Demolierer, seht das Positive eures Landes, reinigt dazu eure Brillengläser, die oft durch persönliche Interessen verschmiert sind!" Die Menschen und die Politik rief der Bischof dazu auf, Baumeister nicht nur der eigenen Gesellschaft und der eigenen Interessen, sondern eines menschenwürdigen Europas zu sein.

Benefizkonzert für Vukovar

Mit der burgenländischen Delegation war auch Ivo Separovic, Chorleiter des vom Eisenstädter Bischof gegründeten internationalen Chores "Pax et Bonum", mit nach Vukovar gekommen und trug live das Lied "Weine nicht, Mutter!" vor. Bischof Zsifkovics schloss daran an mit der Ermutigung aller, angesichts so vieler Wunden nicht länger zu weinen, aufrecht in die Zukunft zu gehen und sich im Schutze und Segen Gottes geborgen zu

wissen. Mit zwischenzeitlich weit mehr als 200.000 Klicks im Internet für den Chor wurde nochmals offenbar, wie sehr eine vom Krieg immer noch gezeichnete Gesellschaft diese Botschaft braucht.

Die kroatische Regierung beschloss dieser Tage auch, gemeinsam mit der Stadt Zagreb den Ehrenschatz für ein Konzert von "Pax et Bonum" im kommenden Jahr zu übernehmen. Das Konzert wird in Zagrebs berühmtester Konzerthalle stattfinden und ein Benefizkonzert zu-gunsten von Vukovar sein. Bischof Zsifkovics dankte Premierminister Plenkovic bei der Messe ausdrücklich für die große Ehre, die die Regierung Kroatiens dem Chorprojekt der Burgenlandkroaten erweist.

Zsifkovics feierte im Rahmen seines Kroatischenbesuchs auch eine Messe mit Studenten des Priesterseminars der Diözese Djakovo. Es war ebenfalls eine Feier mit starkem emotionalen Hintergrund: Vor 27 Jahren war das ganze Seminar im Zuge der Wirren des Jugoslawienkrieges nach Mattersburg ins Knabenseminar geflohen. Dort verbrachten die Kandidaten ein ganzes Studienjahr, bis sie wieder nach Hause zurückkehren konnten. In Mattersburg wurden sie damals vom jungen Ordinariatskanzler namens Ägidius Zsifkovics empfangen. Sein Chef, Bischof Stefan Laszlo, hatte ihn gebeten, die jungen Männer sprachlich zu betreuen und für ihr Wohl bei Studium und Unterkunft zu sorgen.

Mindestsicherung: Caritas blickt sorgenvoll auf Reform-Vorhaben

Caritas-Präsident Landau an Regierung: "Kinderarmut und Altersarmut darf durch Reform nicht steigen", denn "es geht um die Achtung der Würde dieser Frauen, Männer und Kinder"

Wien, 27.11.2018 (KAP) Caritas-Präsident Michael Landau hat im Vorfeld der für Mittwoch geplanten Präsentation eines bundesweit einheitlichen Modells der Armenhilfe Bedenken geäußert: "Wenn die Bundesregierung die Mindestsicherung reformiert, dann ist mein Appell und meine Bitte: Kinderarmut und Altersarmut dürfen in Österreich nicht steigen", betonte der Caritas-Präsident am Dienstag via Facebook. "Wir müssen die Armut bekämpfen, nicht armutsbetroffene Menschen. Es geht um die Achtung der Würde dieser Frauen, Männer und Kinder."

Die Arbeit als kirchliche Hilfsorganisation sei unter jeder Bundesregierung die gleiche: "Not sehen und handeln. Hilfe von Mensch zu Mensch, von Gesicht zu Gesicht. Aber auch die Erinnerung

daran, dass wir uns mit der Not nicht abfinden dürfen, die es auch bei uns in Österreich nach wie vor gibt" und die Tag für Tag in den Familienzentren, den Mutter-Kind-Häusern, den Sozialberatungsstellen, den Lerncafes oder den Projekten für langzeitarbeitslose Menschen der Organisation sichtbar werde.

Einmal mehr bekräftigte er auch jene Forderungen, die er gemeinsam mit anderen Caritas-Verantwortlichen in einer Erklärung bei der Herbstkonferenz im Bildungshaus St. Arbogast in Götzis an die Regierung gerichtet hatte: Gemeinsam mit Caritas-Bischof Benno Elbs und den Caritas-Direktoren sprach er sich dabei für mehr Sensibilität für Menschen in Not im In- wie Ausland und entsprechend mehr soziale Verantwortung aus.

Die Verantwortlichen äußerten darin die Sorge, dass durch die Reform der Mindestsicherung noch mehr Menschen in Armut geraten und warnten vor einem Weg in Richtung Hartz-IV in Österreich. Wörtlich hieß es in der Erklärung u.a.: "Es ist wichtig, dass wir alle gemeinsam am guten Zusammenleben und dem sozialen Frieden in Österreich arbeiten. Damit das so-ziale Netz auch tragfähig bleibt, braucht es hier etwa eine Mindestsicherung, die auf die Lebensrealität abgestimmt ist."

Bei den geplanten Änderungen müsse deshalb besonders auch auf die Lebenssituation der 434.000 Menschen in Österreich geachtet werden, die als manifest arm gelten. "Kinder- und Altersarmut dürfen nicht steigen", unterstrich die Caritas in der Erklärung. "Wir sind überzeugt: Die

Sozialleistungen sind Eckpfeiler unserer Gesellschaft. Hier zu kürzen heißt auch, diese tragenden Säulen zu schwächen." Richtschnur aller Entscheidungen in Politik und Gesellschaft "muss immer das Wohl aller Menschen in Österreich sein. Denn die Würde des Menschen ist unteilbar".

Unterzeichnet hatten die Erklärung Caritas-Bischof Benno Elbs, Caritas-Präsident (und Wiener Caritas-Direktor) Michael Landau, Herbert Beiglböck (Caritas Direktor der Diözese Graz-Seckau) Johannes Dines (Erzdiözese Salzburg), Franz Kehrer (Diözese Linz), Josef Marketz (Diözese Gurk-Klagenfurt), Edith Pinter (Diözese Eisenstadt), Georg Schärmer (Diözese Innsbruck), Walter Schmolly (Feldkirch) und Hannes Ziselsberger (Diözese St.Pölten).

Ethikerin: Keimbahneingriff für Forschung ein Schlag ins Gesicht

IMABE-Geschäftsführerin Kummer kritisiert im "Kathpress"-Interview Vorgangsweise des chinesischen Forschers Jianku scharf - "Menschenversuch mit nicht absehbaren Folgen" - Moraltheologe Beck sieht Europa gefordert

Wien, 27.11.2018 (KAP) Als "Schlag ins Gesicht für alle, die einen verantwortungsvollen Umgang mit Gentechnik beim Menschen befürworten" hat die Wiener Ethikerin Susanne Kummer die Meldung über eine vollzogene Keimbahnveränderung bei menschlichen Embryonen bezeichnet. Der betreffende chinesische Wissenschaftler habe sich "über alle Maßstäbe der klinischen Forschung hinweggesetzt" und in Wahrheit einen Menschenversuch mit nicht vorhersehbaren Folgen durchgeführt, so die Geschäftsführerin des Instituts für Medizinische Anthropologie und Bioethik (IMABE) am Dienstag im Interview mit "Kathpress". Kritik äußerte auch der Wiener Moraltheologe Matthias Beck, der eine globale Regelung für die umstrittene Methode dringend einmahnte.

Grundsätzlich gelte es bei Eingriffen mittels der "CRISPR/Cas9"-Genschere zu differenzieren, nahm Kummer eine Einordnung vor: "Die gentherapeutische Anwendung beim Erwachsenen ist ethisch unproblematisch und begrüßenswert, sofern man die Technik sicher einsetzen kann und wo sie zur Gesundheit oder Heilung von Menschen beiträgt. Bei einem Keimbahneingriff muss die Beurteilung völlig anders ausfallen." Das chinesische Experiment sei "erschreckend" vor allem deshalb, da es jegliche

Vorsichtsgebote missachte und völlig unbekanntes Folgen in Kauf nehme. "Kein Medikament etwa für Parkinson darf am Menschen angewendet werden, wenn es gleichzeitig Gehirntumor auslöst", verdeutlichte die Expertin.

Heikel sei der Eingriff jedoch auch aus weiteren Gesichtspunkten - allen voran deshalb, da nicht nur das Individuum betroffen sei. "Die Veränderungen - und damit auch die Probleme - werden über Generationen weitervererbt", betonte Kummer. Drittens sei die embryonale Forschung auch per se höchst umstritten, aufgrund der vielen für ein Resultat vernichteten Embryonen.

Bekanntgabe per YouTube

Am Montag hatte He Jianku von der Universität Shenzhen per YouTube-Video bekanntgegeben, er habe das Erbgut von zwei soeben geborenen Zwillingmädchen noch in den befruchteten Eizellen genetisch verändert. Durch die Entfernung eines Gens für den Rezeptor CCR5 habe er jene "molekulare Eintrittspforte" weggenommen, durch die HIV/Aids-Viren in Zellen gelangen können. Der Versuch wurde im chinesischen Register für klinische Studien eingetragen, eine wissenschaftliche Veröffentlichung über das Gelingen

des Experiments existiert aber bisher nicht. Jinku sei durch die Art seiner Veröffentlichung offenbar "an maximaler Massenwirkung interessiert", befand Kummer.

International werden genetische Veränderungen in der Keimbahn des Menschen als höchst bedenklich angesehen und strikt abgelehnt, da die jeweils Betroffenen die modifizierten Erbanlagen an ihre Kinder und Kindeskinde weitergeben. Jinkui erntete aus eigenen Reihen bereits scharfe Kritik, unter anderem von 122 Fachkollegen aus China, die in einem gemeinsamen Protestbrief den Versuch als "verrückt" bezeichnen und von einem "Öffnen der Büchse der Pandora" sprechen. IMABE-Geschäftsführerin Kummer bedauerte, dass trotz der Proteststürme die Forschungsgemeinschaft dennoch nicht mit einer Stimme spreche. Grund dafür seien die vielfältigen Interessen, die im Hintergrund mitspielten.

Ähnlich wie Kummer hatte auch der Genetiker Markus Hengstschläger in einem Interview mit der Austria Presseagentur von einem "fatalen" Ausgang des Versuchs gewarnt. Dieser stehe stark im Gegensatz zur über Millionen Jahre verlaufenden Entwicklung des Homo Sapiens und erlaube weder ein Zurückdrehen noch eine Folgenabschätzung. Die CRISPR/Cas9-Methode sei zwar ziemlich genau, funktioniere jedoch nicht immer exakt, wodurch es zu "Effekten abseits des eigentlich Ziels" kommen könne. "Darüber hinaus ist es ein Eingriff in die Evolution. Wir verändern den Menschen. Das holen wir nicht mehr

zurück", so Hengstschläger. Der Deutsche Ethikrats-Vorsitzende Peter Dabrok, sprach von einem "Super-GAU".

Moraltheologe: Europa am Zug

Für den Mediziner und Moraltheologen Matthias Beck kommt der Vorfall aus China nicht überraschend: Schon im Frühjahr 2016 bei einem Weltkongress der Ethikkommissionen in Berlin habe der chinesische Vertreter "händeringend darum gebeten, dass Europa in Sachen CRISPR/Cas9 den Chinesen Einhalt gebietet, da die Genschere in China bereits bei Embryonen angewendet werde, wie er sagte", berichtete der Fachexperte, der der Bioethikkommission im Bundeskanzleramt angehört. Aufgrund der Weitervererbung der Manipulation an alle weiteren Generationen sei eine globale Regelung für die umstrittene Methode dringend nötig. Diese könne am ehesten von Europa ausgehen, so Beck im Interview mit "Kathpress".

Als ethisch notwendig sah Beck momentan besonders die wissenschaftliche Begleitung der beiden chinesischen Zwillinge, an denen die Keimbahnveränderung vorgenommen worden war. "Jeder Vernünftige muss bei der Methode sagen: Hände weg! Sobald sie jedoch einmal durchgeführt wurde und Menschen davon betroffen sind, muss man sie beobachten und hinsehen, welche Schäden die Folge sind, ohne sie dabei zu bedrängen. Das wäre auch wissenschaftlich geboten."

Mehrerau: Neuer Abt will Klostersgemeinschaft stärken

Abt Vinzenz Wohlwend: Aufarbeitung von Missbrauchsfällen hat Klostersgemeinschaft "über die Jahre alle Kraft und Energie gekostet" - Abt würdigte offenes und nachhaltiges Vorgehen seines Vorgängers - Mehrerau Ort der Spiritualität, des Betens und Arbeitens

Mehrerau, 27.11.2018 (KAP) P. Vinzenz Wohlwend will als neuer Abt der Zisterzienser-Abtei Mehrerau in Vorarlberg die dortige Klostersgemeinschaft stärken. Nach der Aufarbeitung von Missbrauchsfällen in der Abtei befinde man sich nun in einer Phase der Orientierung, sagte er bei seinem ersten öffentlichen Auftritt vor Medienvertretern am Dienstag. In einem Kloster zu leben, heiße immer, in die Schule des Lebens zu gehen. Konkret möchte er "für meine Mitbrüder da sein, die Starken stärken, sie Schwachen schützen und wo Krankheit ist, Zeit für Heilung geben".

Die Aufarbeitung der Missbrauchsfälle habe seinem Vorgänger, Abt Anselm, und der ganzen Klostersgemeinschaft "über die Jahre alle Kraft und Energie gekostet", so der Ordensmann. Gleichzeitig hob er die Vorreiterrolle seines Vorgängers hervor, der sich als "erster in Österreich dem gestellt, die Taten öffentlich gemacht und gleichsam den Stier bei den Hörnern gepackt hat". Niemand habe allerdings mehr gelitten, als die Opfer, hielt der Abt fest. Auch in einem Kloster passierten Dinge, "die einfach nicht sein dürfen".

Die Zisterzienserabtei sei ein Ort der Spiritualität, des Betens und Arbeitens. Das präge nicht nur das klösterliche Leben sondern auch die zum Kloster gehörende Schule und die Wirtschaftsbetriebe. Die Abtei bietet rund 70 Mitarbeitern einen Arbeitsplatz und 330 Schülern einen Platz zum Lernen. "Die Verantwortung, die wir haben, werden wir selbstverständlich mit großer Ernsthaftigkeit wahrnehmen." Das Kloster solle eine Quelle des Lebens für alle Menschen sein. "Wir wollen aus unserer Spiritualität den Menschen, die hierher kommen, einen Ort der Erholung, eine Kraftquelle sein", so der Abt.

Mit der Abtei verbindet den neuen Abt eine bereits 37-jährige Geschichte. "Das Leben in der Mehrerau, das Klosterleben hat mich immer fasziniert, seit ich 1981 hierher in die Schule kam." In der folgenden Zeit habe er sich in die Abtei verliebt.

Schweiz, Liechtenstein, Österreich

P. Vinzenz (Rudolf) Wohlwend wurde am 15. Oktober 1969 in Grabs in der Schweiz geboren. Er besuchte in Schaan in Liechtenstein die Volksschule und anschließend das Gymnasium der Zisterzienser in Mehrerau, wo er 1989 maturierte. 1989/90 studierte er in Salzburg Theologie, 1990 begann er das Noviziat in der Zisterzienserabtei Mehrerau, wo er ein Jahr später die zeitliche

Profess ablegte. Sein Theologiestudium setzte P. Vinzenz von 1991 bis 1995 in Einsiedeln (Schweiz) fort. 1994 legte er die feierliche Profess ab. Den letzten Abschnitt des Theologiestudiums und das Pastoralpraktikum absolvierte er bis 1997 in Benediktbeuern (Deutschland).

Am 19. September 1998 wurde P. Vinzenz zum Priester geweiht. Von 1997 bis 2009 wirkte er als Erzieher am Collegium Bernardi in Mehrerau, seit 1999 war er auch Religionslehrer. 2009 wurde P. Vinzenz Prior und Novizenmeister. Seit 1. Juli 2018 ist er Vorsitzender der Regionalkonferenz der Superioren in Vorarlberg. Nach dem Rücktritt von Abt Anselm van der Linde ernannte Papst Franziskus P. Vinzenz mit 1. August zum Administrator von Mehrerau.

Vinzenz Wohlwend ist in seiner Eigenschaft als Abt einer Territorialabtei Mitglied der Österreichischen Bischofskonferenz, wo er in der Katechetischen Kommission mitwirkt und gemeinsam mit Kardinal Christoph Schönborn für die Ordensgemeinschaften zuständig. Zudem ist er verantwortlich für die Mehrerauer Zisterzienser Kongregation, zu der insgesamt 21 männliche bzw. weibliche Zisterzienser-Klöster in Österreich, Deutschland, Schweiz, Italien, USA, Tschechien und Slowenien gehören.

Ungarn: Altabt Varszegi wünscht sich stärkere Zivilgesellschaft

Emeritierter Erzabt der ungarischen Benediktinerabtei Pannonhalma im "Kathpress"-Interview über Migrationsdebatte und die humanitäre Tradition der ungarischen Benediktiner

Wien, 27.11.2018 (KAP) Eine stärkere Zivilgesellschaft und mehr pluralistischen Dialog in seinem Heimatland Ungarn wünscht sich der emeritierte Erzabt der Benediktinerabtei Pannonhalma, Asztrik Varszegi. Im "Kathpress"-Interview am Dienstag erinnerte Varszegi an die lange humanitäre Tradition der Benediktiner in Ungarn. In Pannonhalma hätten schon Ende des 18. Jahrhunderts französische Nonnen Zuflucht gefunden, später Äbte, die vor Napoleon fliehen mussten. Im Zweiten Weltkrieg wurden Juden versteckt und nach dem Aufstand 1956 auch kurzfristig Kommunisten. Dabei sei es nie um Politik gegangen sondern stets nur um die christliche Verpflichtung, Menschen in Not beizustehen, so Varszegi. Selbiges habe auch für die Aufnahme von Flüchtlingen 2015 gegolten.

"Wir haben damals im Rahmen unserer Möglichkeiten diesen Flüchtlingen geholfen", erinnerte Varszegi. Heute könne man das so nicht mehr tun, "denn es gibt keine Flüchtlinge mehr in Ungarn".

Die ungarische Kirche helfe, etwa über die Caritas oder auch über Ordensgemeinschaften, Menschen in Not, wo immer sie könne, so der frühere Abt von Pannonhalma. Varszegi räumte aber ein, dass die Kirche zu gesellschaftspolitischen Fragen kaum die Stimme erhebe.

Nichtsdestotrotz versuchten etwa die Benediktiner von Pannonhalma Akzente zu setzen. Varszegi verwies auf eine Ausstellung im Kloster dieses Jahr, wo es um die Themen Vergebung und Versöhnung in Kirche und Gesellschaft ging. Zudem habe man im Rahmen einer Fotoausstellung

auf das Schicksal von Flüchtlingen bzw. Migranten hingewiesen.

Varszegi hatte sich zu seiner Zeit als Erzabt in der Migrationsdebatte mehrfach gegen Hassparolen und ein Schüren von Emotionen und für mehr Pluralismus, auch im Bereich der Medien, ausgesprochen. "Ein Christ kann sich nicht leisten, dem Bedürftigen keinerlei Hilfe zu geben", so ein von Varszegi oft formulierter Leitspruch. Aktuell wollte er sich "als Pensionist" (Varszegi hat Ende 2017 seinen Rücktritt als Abt von Pannonhalma erklärt, mit der Weihe seines Nachfolgers im März 2018 endete sein Amt) zu politischen Fragen nicht äußern.

Varszegis Nachfolger Cirill Hortobagyi hatte freilich vor Kurzem zur Frage, ob er genauso handeln würde wie sein Vorgänger, der 2015 hilfsbedürftige Flüchtlinge im Benediktinerkloster aufnahm, mit einem eindeutigen "Ja" geantwortet: "Wenn Hilfsbedürftige vor unserem Tor erscheinen, werden wir genauso handeln." Das sei auch in erster Linie einfach ein Akt der gelebten Hilfe und keine politische Botschaft.

Erzabt und Ordinarius

Varszegi war von 1991 bis März 2018 Erzabt von Pannonhalma und Präses der Ungarischen Benediktinerkongregation. Dem jeweiligen Erzabt von Pannonhalma kommt über das Kloster hinaus große Bedeutung zu. Er ist auch Ordinarius der Gebietsabtei Pannonhalma sowie Mitglied der Ungarischen Bischofskonferenz.

Pannonhalma ist ein zentraler Ort des kirchlichen und geistlichen Lebens in Ungarn. Die seit mehr als 1.000 Jahren bestehende und nach dem Heiligen Martin von Tours (316-397)

benannte Abtei, in der heute 45 Benediktiner leben und arbeiten, ist neben der Domstadt Esztergom das wichtigste spirituelle Zentrum des Landes.

Varszegi sorgte in seiner Amtszeit für den Erhalt und die Erneuerung der spirituellen, kulturellen und auch wirtschaftlichen Fundamente. Seit 1996 zählt Pannonhalma zum Weltkulturerbe. 2012 wurde die Basilika nach umfassender Renovierung wiedereröffnet.

Gymnasium mit 340 Schülern

Die Klostersgemeinschaft ist Trägerin eines Gymnasiums mit 340 Schülern samt Internat sowie eines Seniorenheims für pflegebedürftige Geistliche. Zum Kloster gehören seit eh und je auch mehrere Wirtschafts- und Produktionsstätten. Seit einigen Jahren wurden auch die touristischen Angebote ausgebaut. Pannonhalma gehört der Vereinigung "Klosterreich" an. Mit etwa 300.000 Bänden, darunter wertvolle Handschriften und alte Drucke, beherbergt die Abtei eine der größten Benediktinerbibliotheken der Welt.

Varszegi äußerte sich am Rande der Herbsttagung der heimischen Ordensgemeinschaften (26. bis 29. November) in Wien-Lainz. Er hält am Dienstag einen der Hauptvorträge beim Ordenstag, der heuer unter dem Motto "Prophetische Präsenzen" steht. Beim Kulturtag der Orden am Mittwoch wird der Benediktiner einen Vortrag über Ordensgemeinschaften und ihr Kulturerbe in postkommunistischen Ländern halten.

"Kathpress"-Themenpaket zu den Orden in Österreich anlässlich der Herbsttagung der Orden: www.kathpress.at/orden.

Wien: "Preis der Orden 2018" gleich vier Mal verliehen

VinziDorf-Hospiz/Graz, Flüchtlingshilfe der Steyler Missionarinnen in Athen, Trauerbegleitungsprojekt für Kinder in Linz und die Kainbacher Passionsspiele wurden beim Ordenstag in Wien-Lainz ausgezeichnet

Wien, 27.11.2018 (KAP) Der "Preis der Orden 2018" wird heuer gleich an vier Orden bzw. Initiativen vergeben. Er geht an das VinziDorf-Hospiz in Graz, ein Flüchtlingshilfeprojekt der Steyler Missionarinnen in Athen, ein Trauerbegleitungsprojekt für Kinder in Linz und die Kainbacher Passionsspiele. Vergeben wurde der Preis beim Ordenstag am Dienstag in der Konzilgedächtniskirche in Wien-Lainz. Mit dem Preis werden bereits zum vierten Mal engagierte soziale, journalistische, künstlerische oder wirtschaftliche Leistungen an der Schnittstelle zwischen Ordensgemeinschaften und Gesellschaft ausgezeichnet. Die Dotation beträgt insgesamt 12.000 Euro.

Bei der "Community in Movement" der Steyler Missionsschwestern handelt es sich um ein Hilfsprojekt, das der Orden seit Mai 2017 in Athen durchführt. Seit damals sind Schwestern aus Österreich, Spanien und Slowenien in der griechischen Hauptstadt tätig, wo sie in einem Flüchtlingshaus als "bewegliche Gemeinschaft" leben und mithelfen. Die Schwestern kümmern sich vor allem um Familien und Mütter mit ihren Kindern.

Altabt Christian Haidinger, Vorsitzender der Superiorenkonferenz der Männerorden, betonte in seiner Laudatio, dass die Schwestern die Zeichen der Zeit und "die Not, die zum Himmel schreit", erkannt hätten. Die Präsenz der Steyler Missionarinnen vor Ort löse nicht das Flüchtlingsproblem, aber die Schwestern würden "ein Zeichen der Hoffnung setzen". Ihre Arbeit sei eine "prophetische Präsenz", so Haidinger.

Begleitung trauernder Kinder

Das Ordensklinikum Linz der Elisabethinen betreibt seit einigen Jahren ein Projekt zur Begleitung trauernder Kinder und Jugendlicher. Ein Kompetenzteam nimmt sich in altersentsprechender Weise solcher Kinder und Jugendlicher an, deren Eltern schwer krank sind oder schon im Sterben liegen. Der besondere Schwerpunkt liegt auf dem Sterben, bzw. auf Ritualen zum Abschied und auf der Unterstützung bei der Trauer. Die ORF-Journalistin Brigitte Krautgartner bezeichnete das Linzer Kompetenzteam in ihrer Laudatio als "Schutzengel, die Kinder und

Jugendliche durch die Hölle begleiten". Sie wisse, wovon sie spreche, so Krautgartner, die selbst als Jugendliche ihre Mutter verlor, wie sie berichtete. Die Arbeit im Ordensklinikum mache einen großen Unterschied für die Gegenwart und Zukunft der Kinder und Jugendlichen, betonte die Journalistin.

Kainbacher Passionsspiele

Die inklusive Theatergruppe der "Kainbacher Passionsspiele" besteht aus Bewohnern und Mitarbeitern der "Lebenswelt der Barmherzigen Brüder - Steiermark" sowie weiteren Mitgliedern, die gerne Theater spielen. Durch das gemeinsame Theaterspielen werden Brücken zwischen Menschen mit und ohne Beeinträchtigung gebaut. Alle zwei Jahre sehen etwa 1.200 Besucher das Spiel vom Leiden und Sterben Jesu auf der Bühne in Kainbach bei Graz. Und das schon seit 1990.

Magdalena Holztrattner, Direktorin der Katholischen Sozialakademie, sprach in ihrer Laudatio von den "außergewöhnlichsten Passionsspielen Österreichs". Das Ensemble schaffe es, "ein kleines Stück Himmel auf Erden greifbar zu machen". Was zähle, sei das gemeinsame Tun. Es gehe darum, Berührungsängste abzubauen und der herzlichen Begegnung von Mensch zu Mensch Raum zu öffnen. Nichtsdestotrotz bzw. auch gerade deshalb lasse auch die künstlerische Qualität der Aufführungen ihresgleichen suchen, so Holztrattner.

VinziDorf Hospiz

Mit dem VinziDorf-Hospiz hat der Konvent der Elisabethinen in Graz 2017 das erste stationäre Hospiz für obdachlose Menschen errichtet. Ein interdisziplinäres Team in Kooperation mit den Schwestern kümmert sich um unheilbar kranke Obdachlose, die in ihrer letzten Lebensphase Mitmenschlichkeit, professionelle medizinische Betreuung und ein Dach über dem Kopf bekommen.

Caritas Wien-Generalsekretär Klaus Schwertner bezeichnete das VinziDorf-Hospiz in seiner Laudatio als "Ort des Lebens, gerade weil es hier um den Tod und um das Sterben geht". Zu einer Kultur des Lebens gehöre auch eine Kultur des

Sterbens bzw. eine Kultur der Solidarität mit den Sterbenden. Und diese Solidarität werde im VinziDorf-Hospiz deutlich und spürbar, so Schwertner in seiner Laudatio, die verlesen wurde, weil der Caritas-Generalsekretär kurzfristig verhindert war.

Der "Preis der Orden" wird seit 2012 von den heimischen Ordensgemeinschaften alle zwei Jahre verliehen. Als Preisträger kommen sowohl Einzelpersonen als auch Personengruppen oder

Einrichtungen in den Ordensgemeinschaften in Frage. Gewürdigt wurden damit bisher u.a. die im Kosovo tätige Vorarlberger Ordensschwester Martha Fink, die Niederösterreichischen Kindersommerspiele im Stift Herzogenburg, das Tiroler Obdachlosen-Projekt "Vinzenzverein Waldhüttl", das Projekt "Demenz weiter denken" der Caritas Socialis, die Initiative "Glück schenken" der Barmherzigen Schwestern in Linz sowie das Wiener Jugendzentrum "Sale für Alle".

Orden: "Prophetische Präsenzen" in politisch schwierigen Zeiten

500 Teilnehmer bei "Ordenstag" in Wien-Lainz - Journalistin Scholl: "Hätte nicht geglaubt, dass es in Österreich wieder dazu kommt, dass man die Demokratie, den Rechts- und Sozialstaat schützen muss"

Wien, 27.11.2018 (KAP) Rund 500 Ordensleute aus ganz Österreich haben am Dienstag beim "Ordenstag" in Wien-Lainz über gesellschaftliche und kirchliche Fragen diskutiert, wo die Präsenz von Orden heute besonders gefragt und notwendig ist. Der "Ordenstag" stand unter dem Generalthema "Prophetische Präsenzen". Der Tenor der Vorträge: Orden müssten, wenn nötig, auch gegen den gesellschaftlichen und/oder politischen Mainstream auftreten.

"Es gibt Situationen für einen Christen, wo er sich anders benehmen muss, als von ihm erwartet wird", sagte der emeritierte Erzabt von Pannonhalma, Asztrik Varszegi, in seinem Vortrag. So hätten die Benediktiner 2015 Flüchtlingsfamilien aufgenommen, ganz gegen den gesellschaftlichen Mainstream, der von der ungarischen Regierung vorgegeben wurde. Varszegis Vortrag stand unter dem Motto "Treu zu seiner Sendung stehen, schafft prophetische Zeichen".

Den zweiten Hauptvortrag beim Ordenstag hielt die frühere ORF-Journalistin und nunmehrige führende Vertreterin der Initiative "Omas Gegen Rechts", Susanne Scholl. "Wir leben in finsternen Zeiten", so Scholl in Anspielung auf ein Zitat von Berthold Brecht. Scholl übte heftige Kritik an der gegenwärtigen Regierung. Sie hätte nicht geglaubt, "dass es in Österreich wieder dazu kommt, dass man die Demokratie, den Rechts- und Sozialstaat schützen muss". Sie zeigte sich besorgt ob des zunehmenden Hasses in der Gesellschaft, "dass man einzelnen Gruppen die Menschlichkeit abspricht und es eine Verteilung von unten nach oben gibt".

Die "Omas Gegen Rechts" würden für mehr Menschlichkeit im Land auf die Straße gehen. Sie stünden auch stellvertretend für viele junge Menschen im Land. Scholl: "Wir Omas brauchen keine Angst zu haben, was soll uns schon passieren."

Scholl ist Tochter einer jüdischen Ärztfamilie. Ihr Vater und ihre Mutter mussten vor den Nazis fliehen und lernten sich in England kennen. Sie kehrten nach dem Krieg nach Wien zurück. Die Großeltern väterlicherseits wie auch mütterlicherseits wurden von den Nazis ermordet. Sie sei bewusst Jüdin, so Scholl, und sie hätte es nicht für möglich gehalten, dass Antisemitismus heute in Österreich wieder so offen zum Tragen komme. Nachsatz: "Und ich will nicht, dass meine Kinder in Angst leben und möglicherweise das Land verlassen müssen."

Weitere Programmpunkte beim Ordenstag waren ein Film über die "prophetische Präsenz" von Orden unter Prostituierten in Afrika und die Verleihung des "Preises der Orden 2018". Dieser ging heuer an das VinziDorf-Hospiz in Graz, ein Flüchtlingshilfeprojekt der Steyler Missionarinnen in Athen, ein Trauerbegleitungsprojekt für Kinder in Linz und die Kainbacher Passionsspiele. Überreicht wurden die Preise von Sr. Beatrix Mayrhofer und dem Vorsitzenden der Superiorenkonferenz der Männerorden, Abt em. Christian Haidinger. "Wir Ordensleute wollen vor allem auch dort vor Ort sein, wo andere noch nicht einmal auf die Idee kommen, dass es hier Not geben könnte", so Sr. Beatrix Mayrhofer, Präsidentin der Vereinigung der Frauenorden, bei der Tagung gegenüber "Kathpress".

Abgeschlossen wurde der Ordenstag mit einem Gottesdienst in der Konzilgedächtniskirche in Wien-Lainz. Die Predigt hielt Sr. Sonja Dolesch,

Provinzialin der Grazer Schulschwestern und Vorsitzende der Regionalkonferenz der Frauenorden der Diözese Graz-Seckau.

Österreichs Frauen- und Männerorden künftig unter einem Dach

Superiorenkonferenz der männlichen Ordensgemeinschaften und Vereinigung der Frauenorden beschließen Gründung einer gemeinsamen Ordenskonferenz - 106 Frauen- und 86 Männerorden wirken in Österreich

Wien, 26.11.2018 (KAP) Die Frauen- und Männerorden in Österreich werden künftig nur mehr einen gemeinsamen Dachverband unterhalten. Die Superiorenkonferenz der männlichen Ordensgemeinschaften und die Vereinigung der Frauenorden tagten am Montagnachmittag im Kardinal König-Haus und beschlossen bei ihren jeweiligen Vollversammlungen, dass sie sich künftig zu einer gemeinsamen Ordenskonferenz zusammenschließen wollen. Die Superiorenkonferenz ist der Dachverband von 86 männlichen Ordensgemeinschaften, die Vereinigung der Frauenorden umfasst 106 Ordensgemeinschaften. Gemeinsam repräsentieren sie rund 5.000 Ordensleute in Österreich.

Der Beschluss zur gemeinsamen Zukunft wurde in beiden Vollversammlungen mit großer Mehrheit gefasst, hieß es am Rande der Tagungen. Nun wird ein gemeinsames Statut ausgearbeitet.

Abt em. Christian Haidinger, Vorsitzender der Männerorden, sagte in einer ersten Stellungnahme: "Danke für das eindeutige Votum, den Weg des Aufeinander-Abstimmens in der

strukturellen Aufstellung für die Zukunft weiterzugehen." Die Präsidentin der Frauenorden Sr. Beatrix Mayrhofer sprach von einer "neuen prophetischen Präsenz". Sie freue sich auf das "gemeinsame Weitergehen in die Zukunft" von Frauen- und Männerorden.

Die grundsätzliche und richtungweisende Entscheidung ist laut Ordensgemeinschaften das Ergebnis eines Beratungsprozesses von über einem Jahr. In verschiedenen inhaltlichen Arbeitsgruppen und Regionalgruppen seien die ersten Meilensteine für die "gemeinsame Struktur der Zukunft" diskutiert worden.

Bohynik als Generalsekretär bestellt

Bei ihrer Generalversammlung hat die Superiorenkonferenz weiters beschlossen, den bisher interimistisch bestellten Generalsekretär Peter Bohynik nun definitiv als Generalsekretär zu bestellen. Behandelt wurden bei den Generalversammlungen von Männer- und Frauenorden u.a. auch die Missbrauchsthematik, der Datenschutz und Finanzfragen.

Georgisch-orthodoxe Kirche diskutierte in Wien über Bildung

Prominent besetzte Tagung mit Appellen zur "Überwindung der Spaltung in Westen und Osten" und Kritik am großen Einfluss säkularer Ideologien

Wien, 27.11.2018 (KAP) Georgiens Politik und Religion sollen sich auf den Weg nach Europa machen: Darum ging es bei einem Symposium, zu dem sich am Wochenende hohe Würdenträger der georgisch-orthodoxen Kirche, Diplomaten, Wissenschaftler und Ökumene-Vertreter in Wien versammelt haben. Wichtig auf diesem sei dabei die Bildung, so der Tenor der Tagung unter dem Motto "Bildung - wessen Verantwortung?". Organisatoren waren das deutsche "Professoren Forum", die Europäische Akademie der Wissenschaften und Künste, die Menschenrechtsgruppe

CSI Österreich, die Universität der Hl. Königin Tamara des Georgischen Patriarchats sowie das Internationale Zentrum für christliche Forschungen an der Georgischen Orthodoxen Kirche. Man wolle zur Überwindung der "kulturellen und religiösen Spaltung von Westen und Osten" beitragen, erklärten die Teilnehmer im gemeinsamen Schlussdokument der Tagung. Die Bildung - insbesondere den Religionsunterricht - sehe man als Lieferant jener Orientierungspunkte, "die den Menschen helfen, die Umwelt, unsere kulturelle, soziale, wirtschaftliche und politische Umgebung

auch nach christlichen Wertvorstellungen zu bewerten". Jedes Kind habe das Recht, in seiner kulturellen Identität und seinen kulturellen Werten erzogen zu werden - wozu eben auch religiöse Werte und Bildung zählten. Letztere aus dem öffentlichen Raum zu vertreiben, sei ein grober Verstoß gegen die UN-Kinderrechtskonvention.

Klar sprachen sich die Teilnehmer des Wiener Symposiums gegen eine aggressive und radikale säkulare Ideologie aus. Diese trage zur Polarisierung der Gesellschaft bei und stärke bloß den religiösen wie auch antireligiösen Radikalismus. Politiker seien verpflichtet, das Bildungssystem vor dem Einfluss des "einseitigen Säkularismus" zu schützen, aufgrund der Verpflichtung zu weltanschaulicher Neutralität: Erst so könne ein "gesunder Boden für den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen den religiösen und nichtreligiösen gesellschaftlichen Gruppen" geschaffen werden.

Aktiv vorbeugen gegen Gesinnungsterror

Ein Appell an alle Christen, die Zivilgesellschaften "aktiv mitzubauen, damit es niemals wieder zu Gesinnungsterror und Religionsverboten kommt", kam von Elmar Kuhn, Generalsekretär bei Christian Solidarity International (CSI). CSI-Österreich hatte bis zur Gründung der Republik Georgien 1991 die Untergrundchristen in der damaligen Sowjetunion mit geheimen Bibellieferungen unterstützt. Diese Verbundenheit sei bestehen geblieben, erklärte Kuhn. Heute sehe CSI-Österreich seine Aufgabe auch darin, "die osteuropäischen Staaten bei ihrem selbstbewussten und identitätsstarken Weg hin zur pluralen europäischen Gesellschaft zu begleiten und dabei auch selbst Stärkung zu erleben".

Angesichts einer säkular begründeten "negativen Religionsfreiheit" sei jedoch auch die westeuropäische Gesellschaft nicht frei von totalitären und glaubensfeindlichen Tendenzen, befand Kuhn.

Immer wieder komme es zu Diskriminierungen von Christen und auch Anhängern anderer Glaubensgemeinschaften.

Bemühungen um Pflichtfach Religion

Der Blick in die Geschichte solle für heutige Initiativen eine "Ermunterung" sein, betonte Christine Mann, Präsidentin des Verbands der europäischen katholischen Schulen (CEEC). In Europa sei die Kirche aus dem Werdegang von Bildung und Schule nicht wegzudenken. Ähnlich positiv seien heute die Bemühungen der Georgischen Kirche zu sehen, den Religionsunterricht als Pflichtfach in das staatliche Curriculum zu integrieren. Der georgische Staat sei verpflichtet, den entsprechenden gesetzlichen Rahmen zu schaffen, damit alle Bürger des Landes ihr verbrieftes Recht auf Religionsfreiheit - in ihrer positiven Dimension - auch leben könnten. Das gewichtigste Argument dafür sei die ständig wachsende Zahl von Christen in Georgien, die sich zu ihren Kirchen bekennen, sagte die frühere Wiener Schulamtsleiterin.

Kirche der Märtyrer

Die georgische Kirche gilt als eine der ältesten christlichen Kirchen und führt sich nach alter Tradition bis in das erste nachchristliche Jahrhundert auf die Predigt durch den Apostel Andreas zurück. Die georgisch-orthodoxe Kirche, derzeit unter dem Patriarchen Ilia II, ist ein autokephales Patriarchat und hat älteste Formen des byzantinischen Ritus bewahrt. Von Anfang an waren der christliche Glaube und die nationale Identität engstens verbunden. Unter Stalin wurden alle georgisch orthodoxen Bischöfe ermordet und durch russische Bischöfe ersetzt. Die Tradition starb dadurch aber nicht aus. Heute gehören weit über 80 Prozent der Georgier ihrer orthodoxen Kirche an. Muslime sind die zweitgrößte Religionsgemeinschaft, Katholische Christen befinden sich in einer Minderheitensituation.

Gewalt gegen Frauen: Linzer Dom noch bis 3. Dezember beleuchtet

Diözese beteiligt sich an UN-Kampagne "16 Tage gegen Gewalt an Frauen und Mädchen" - Bischof Scheuer: "Kirche Anwältin der Gewaltfreiheit und Menschenwürde"

Linz, 27.11.2018 (KAP) Als sichtbares Zeichen gegen Gewalt an Frauen ist der Linzer Mariendom noch bis 3. Dezember orange beleuchtet. Unter dem Motto "Orange the World - 16 Tage gegen Gewalt an Frauen und Mädchen" werden in mehreren Bundesländern und europäischen Staaten zwischen 25. November, dem "Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen und Mädchen", und dem 10. Dezember, dem "Internationalen Tag der Menschenrechte", zentrale Gebäude in Feuerfarbe getaucht.

Österreichweit beteiligen sich an die 70 Gebäude - darunter das Wiener Burgtheater, die Österreichische Nationalbibliothek, das Parlament, die Schallaburg, die Festung Hohensalzburg, das Schloss Trautenfels, das Goldene Dachl, der Bregenzer Martinsturm, der Grazer Uhrturm und die Burg Forchtenstein - an der UN-Kampagne. Damit reiht sich Österreich in eine lange Liste von Ländern ein, die ein Zeichen setzen wollen. Mit der Beleuchtung des Mariendoms unterstützt auch die Diözese Linz dieses Projekt.

"Gewalt an Frauen geschieht offen, vielfach aber auch in versteckter oder struktureller Form und mitunter in missbräuchlichen und ausbeuterischen Abhängigkeitsverhältnissen. Jesus hat die Gewaltfreiheit gepredigt. Die Kirche leitet daraus ihren Auftrag ab, sich als Anwältin der Gewaltfreiheit und Menschenwürde einzubringen und gerade auch gegen Gewalt an Frauen Stellung zu beziehen. So teile und unterstütze ich

ausdrücklich das Anliegen der Aktion 'Orange the World', indem die größte Kirche Oberösterreichs, der Mariendom, für mehrere Tage orange beleuchtet wird", sagte Bischof Manfred Scheuer zur Aktion.

Heuer findet erstmalig eine österreichweite Kooperation des UN-Women-Nationalkomitees Österreich, der Vereinigung Soroptimist International/SI (SI-Österreichische Union) und der Initiative HeForShe Graz zur Kampagne statt. Am Montag, 3. Dezember, findet um 19 Uhr im Linzer Power Tower das "Philosophicum 2018" des SI-Clubs Linz-Lentos zum Thema "Frauen - Opfer oder Täterinnen?" statt. Am Podium diskutieren die Vorsitzende des Linzer Frauenhauses Dagmar Andree, Psychiaterin Adelheid Kastner und Männerberater Richard Schneebauer.

Ursula Strauß ist Schirmherrin

Die Schauspielerin Ursula Strauß, Schirmherrin der Kampagne, betonte gegenüber der Linzer Diözesanpressestelle: "Gewalt an Frauen und Mädchen darf in unserer Gesellschaft keinen Platz haben. Weltweit ist noch immer jede dritte Frau Opfer physischer, psychischer oder sexueller Gewalt. Dagegen müssen wir etwas tun. Frauen müssen sich mit ihrem Schmerz und ihren Erfahrungen in einer großen Öffentlichkeit positionieren dürfen. Und wir als Gesellschaft sollten geschlossen hinter ihnen stehen."

Stadt Wien vergab Menschlichkeitspreis an Caritas-Socialis-Helfer

Die in der Caritas Socialis (CS) engagierten Hobby-Musiker Jörg Iro und Gertrude Steinkellner treten vor Demenz-Leidenden auf

Wien, 27.11.2018 (KAP) Musik für und mit Demenz-Erkrankten, der Einsatz für Menschen mit Lernschwierigkeiten oder ein "einfaches" für andere Dasein: Ehrenamtliches Engagement hat viele Gesichter. Am 25. November erhielten die Menschen dahinter im Rahmen des Wiener städtischen Informationstags "JedeR für JedeN" von Gemeinderat Ernst Holzmann und Dennis Beck, Geschäftsführer der Wiener Gesundheitsförderung, den "Preis der Menschlichkeit 2018".

Ausgezeichnet wurden u.a. die in der Caritas Socialis (CS) engagierten Hobby-Musiker Jörg Iro und Gertrude Steinkellner, die vor Demenz-Leidenden auftreten.

"Mit dem Preis der Menschlichkeit würdigen wir den unermüdlichen Einsatz von Menschen für andere Menschen. Viele Wienerinnen und Wiener leisten mit ihrem Engagement in Behindertenorganisationen, Selbsthilfegruppen und darüber hinaus einen wesentlichen Beitrag,

um das Zusammenleben von Menschen mit und ohne Behinderungen weiter zu verbessern. Ichnen gilt unser größter Respekt und Dank", so Bürgermeister Michael Ludwig, in dessen Auftrag der Preis vergeben wird.

Der Preis der Menschlichkeit wird alle zwei Jahre für besonderen ehrenamtlichen Einsatz im Rahmen des "JedeR für JedeN"-Infotags verliehen. Heuer gab es 26 Nominierungen aus Einrichtungen des Wiener Sozialwesens. Die Auswahl der Preisträger erfolgte durch eine unabhängige Jury.

550 Ehrenamtliche bei CS tätig

Sr. Karin Weiler, die den Bereich "Sozial-Pastorale Dienste, Werte und Ehrenamt" der Caritas Socialis leitet, berichtete, dass sie auf 550 Ehrenamtliche zählen kann. "Ich freue mich: Mit Jörg Iro und Gertrude Steinkellner werden in diesem festlichen Rahmen zwei besondere 'Schätze' ausgezeichnet und damit das Engagement von so vielen gewürdigt, die sich mit Kreativität und Lebenswärme Menschen in ihrer Verletzlichkeit zuwenden", so Weiler.

Steinkellner und Iro singen und musizieren mittlerweile seit über einem Jahrzehnt mit alten Menschen in der Caritas Socialis. Musik, Wienerlieder, Wunschkonzerte - das klingt alltäglich, ist jedoch eine herausragende und äußerst anspruchsvolle Arbeit mit Menschen, die aufgrund ihrer Erkrankung wenig oder gar keine Möglichkeit haben, sich verbal auszudrücken.

Durch die Musik werden bei Menschen mit Demenz verborgene Gefühle und nicht selten die verloren geglaubte Sprache geweckt. Das bedeutet für Menschen mit Vergesslichkeit Emotionen Ausdruck verleihen zu können, sich zu spüren und am Leben teilzuhaben. Sie erleben in den Liedern Jugendzeit, Heimat, Liebe und genießen die Musik durch aktives Singen, Mitklatschen oder Zuhören.

Lehrgang für Demenzbegleitung

Das Duo gestaltet Singrunden mit Bewohnerinnen und Bewohnern oder Gästen des Tageszentrums, begleitet das Taizégebet für Menschen mit fortgeschrittener Demenz und ihre Angehörigen und besucht im Rahmen der Demenzwegbegleitung eine Dame zu Hause, die sich jedes Mal versichert, "ob die beiden eh wiederkommen". Die beiden Musiker sind langjährig in der CS tätig, absolvierten die Ausbildung für ehrenamtliche Hospizbegleitung und für Demenzbegleitung und gehören zum Team der ehrenamtlichen "CS DemenzwegbegleiterInnen". Seit kurzem teilen sie ihr Wissen mit angehenden Demenz-Wegbegleitern im Rahmen eines Lehrganges im Kardinal-König-Haus.

Demenz-Wegbegleiter sind Ehrenamtliche mit einer speziellen Ausbildung und praktischer Erfahrung im Umgang mit Menschen mit Demenz. Sie begleiten Menschen mit Demenz zu Hause oder in den Einrichtungen der CS. Sie werden gezielt ausgesucht, besuchen den Lehrgang für Demenzbegleitung im Kardinal-König-Haus und nehmen laufend an Fortbildungen teil. Ziel ist es, Menschen mit Demenz und deren Angehörige zu begleiten und zu unterstützen. Die ehrenamtlich Engagierten sind eingebunden in die multiprofessionellen Teams der Caritas Socialis, werden koordiniert und fachlich begleitet.

Demenzbetreuung ist ein Schwerpunkt in allen CS-Einrichtungen. Auf Initiative der Caritas Socialis startete 2014 das "Netzwerk demenzfreundlicher 3. Bezirk". Die Initiative hat sich auf weitere Bezirke Wiens ausgeweitet und unterstützt die Teilhabe von Menschen mit Demenz in den Nachbarschaften. Im Herbst 2018 startete der Lehrgang "Alte Menschen und Sorgeskultur", in dessen Mittelpunkt die Palliative Geriatrie steht.

V A T I K A N & R O M

Parolin: Positive Aspekte von Migration werden oft geschmälert

"In Debatte über Beziehung von Migration und Entwicklung ist Beitrag der Migranten für Fortschritt der Zielländer nicht völlig anerkannt worden", schreibt der vatikanische Kardinalstaatssekretär im Vorwort eines neuen Buches über Einwanderung

Rom, 27.11.2018 (KAP) Aus Sicht des vatikanischen Kardinalstaatssekretärs Pietro Parolin wird das Thema Migration zu negativ gesehen. Es gebe einen Hang, Straftaten unter Beteiligung von Migranten und Flüchtlingen zu betonen, heißt es in einem Vorwort Parolins zu einem neuen Buch über Einwanderung. "In der Debatte über die Beziehung von Migration und Entwicklung ist der Beitrag der Migranten für den Fortschritt der Zielländer nicht völlig anerkannt worden", schreibt der Kardinal. Das Buch "Immigration: Understanding and Proposals" wurde am Montag in Rom vorgestellt.

Es habe schon immer Migrationsbewegungen gegeben. Diese seien damals wie heute eine Bereicherung für die Gesellschaft, so Parolin. "Schranken und Mauern haben hingegen Trennung und Unterschiede zwischen den Menschen geschaffen und oft Groll, Rivalitäten und Konflikte ausgelöst." Medien und Politik rief der Kardinal auf, eine positive Sicht auf Migration zu fördern.

Das Buch versammelt Beiträge von Wissenschaftlern der Päpstlichen Universität Gregoriana. Herausgegeben wurde es in Zusammenarbeit mit der deutschen Konrad-Adenauer-Stiftung.

Internationale Experten beraten im Vatikan über Drogen und Sucht

460 Teilnehmer aus 60 Ländern bei Konferenz "Drogen und Sucht - ein Hindernis zur ganzheitlichen menschlichen Entwicklung"

Vatikanstadt, 27.11.2018 (KAP) Im Vatikan findet von Donnerstag bis Samstag eine internationale Tagung zu Drogen und Sucht statt. Im Mittelpunkt stehen die Wirkungen der Abhängigkeit auf die Psyche der Betroffenen, ihr soziales Leben und die Familien. Neben dem Gebrauch von Rauschmitteln gehe es auch um Abhängigkeiten wie Internet-, Sex- und Spielsucht, so die Organisatoren des Kongresses, der vom vatikanischen Dikasterium für die ganzheitliche Entwicklung des Menschen veranstaltet wird.

Zu der Konferenz "Drogen und Sucht - ein Hindernis zur ganzheitlichen menschlichen Entwicklung" werden nach Veranstalterangaben mehr als 460 Teilnehmer aus rund 60 Ländern erwartet. Ziel sei, Wege zu einer stärkeren Persönlichkeitsentwicklung zu finden, um das Suchtproblem an der Wurzel zu fassen, sagte Nicolo

Pisanu vom italienischen Verband der Therapiegemeinschaften im Vorfeld der Tagung. Abhängigkeit sei auch ein Symptom für fehlende Reifung, Frustration und spirituelle Leere, so Pisanu.

Zu den Referenten des Kongresses in der Synodenaula im Vatikan zählen der Präventions-Experte Gilberto Gerra vom UN-Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung in Wien, Alexis Goosdeel als Direktor des Europäischen Beobachtungszentrums für Drogen und Sucht in Portugal, die frühere US-Regierungsberaterin Sushma Taylor und der Gründer des brasilianischen Rehabilitationsprojekts "Fazenda da Esperanca", Hans Stapel. Auch der Kardinal-Präfekt der vatikanischen Behörde für menschliche Entwicklung, Peter Turkson, wird sprechen. Zum Abschluss empfängt Papst Franziskus am Samstag die Teilnehmer in Audienz.

Franziskus besuchte Ausstellung zu russischer Malerei im Vatikan

Gemälde aus der Tretjakow-Galerie und anderen russischen Museen sind bis Februar im Braccio Nuovo di Carlo Magno am Petersplatz zu sehen

Vatikanstadt, 27.11.2018 (KAP) Papst Franziskus hat am Dienstag eine vatikanische Ausstellung zu russischer Malerei besucht. Nach einer Mitteilung des vatikanischen Presseamts ließ sich Franziskus rund 40 Minuten lang die Schau "Pilgrimage of Russian Art. From Dionysius to Malevich" zeigen. Die Ausstellung, die in Zusammenarbeit mit der Moskauer Tretjakow-Galerie organisiert wurde, zeigt bis 16. Februar russische Malerei aus vier Jahrhunderten.

Die meisten der 54 Werke sind nach vatikanischen Angaben erstmals außerhalb Russlands zu sehen. Papst Franziskus wurde bei

seinem Rundgang von der Direktorin der Vatikanischen Museen, Barbara Jatta, und der Direktorin der Tretjakow-Galerie, Zelfira Tregulova, begleitet.

Die Exponate umfassen Werke vom 15. Jahrhundert bis zur Avantgarde des 19. Jahrhunderts, etwa die "Offenbarung des Christus gegenüber den Menschen" von Alexander Ivanov (1806-1858), "Untröstlicher Schmerz" und "Christus in der Wüste" von Ivan Kramsky (1837-1887) sowie Nikolai Jaroschenkos (1846-1898) "Leben ist überall". Auch ein Bild von Wassily Kandinsky (1866-1944) ist zu sehen: "Moskau, Roter Platz".

Papst 2019 bei UN-Organisation für Agrar-Entwicklung zu Gast

Franziskus eröffnet am 14. Februar die Verwaltungsratssitzung des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) in Rom

Vatikanstadt, 27.11.2018 (KAP) Papst Franziskus besucht im Februar den Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) in Rom. Der Papst werde am 14. Februar an der Eröffnungssitzung der 42. Versammlung des Verwaltungsrats der UN-Organisation teilnehmen, gab der Vatikan am Dienstag bekannt.

Anfang 2018 hatte IFAD-Präsident Gilbert F. Houngbo Papst Franziskus im Vatikan getroffen. Houngbo steht seit April 2017 an der Spitze

der Organisation. Neben der landwirtschaftlichen Entwicklung will er unter anderem den Kampf gegen Klimawandel in den Fokus rücken und die Perspektiven für Jugendliche verbessern.

Der IFAD ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen. Sie entstand auf Anregung des Welternährungsgipfels von 1974. Der Organisation mit Sitz in Rom gehören 163 Länder an.

Vor 750 Jahren begann die längste aller Papstwahlen

In Viterbo begann 1268 eine mehr als 1.000 Tage andauernde Suche nach einem neuen Pontifex - Den Bewohnern der italienischen Kleinstadt wurde das zu bunt: Sie schlossen die Kardinäle bei Wasser und Brot ein - Von Alexander Brüggemann

Rom, 27.11.2018 (KAP/KNA) Die Menschen lieben das Konklave - und wie viel mehr noch lieben es die Medien. Höchste Geheimhaltungsstufe, zugleich höchster Neuigkeitswert, Klatsch und Tratsch, katholisch und gesellschaftsfähig. Ein ebenso archaisches wie farbenprächtiges Ritual, das wie nichts anderes geeignet ist, der Fantasie freien Lauf zu lassen. Auch für viele Kardinäle ist die Papstwahl ein Höhepunkt ihrer Karriere. Das ist freilich in den vergangenen Jahrhunderten

nicht immer so gewesen. Vor 750 Jahren begann die längste aller Papstwahlen. Sie dauerte 1.005 Tage - und brachte alle Beteiligten an ihre Grenzen.

Der Brauch des Einschließens ("conclave", lat. "mit Schlüssel" verschlossener Raum) entstand im 13. Jahrhundert aus schlichtem Verdross über zu lange Sondierungsgespräche und zu viele erfolglose Wahlgänge. Erst waren es - wie so oft in der früheren Papstgeschichte -

rivalisierende stadtrömische Adelsfamilien, dann die Parteien der Ghibellinen und der Guelfen, also Parteigänger des Kaisers bzw. des Papsttums, die sich in der Wahl blockierten. An ihre Stelle trat schließlich der römisch-französische Gegensatz, der im 14. Jahrhundert zum Schisma von Avignon führte.

Am 29. November 1268 war Papst Clemens IV. gestorben - ein Franzose und Staufergegner, der von Rom in die rund 70 Kilometer nördlich gelegene Kleinstadt Viterbo ausgewichen war. Nur einen Monat nach der Hinrichtung des letzten Staufers Konradin ereilte auch den Papst der Tod.

Die damals 20 Kardinäle bzw. 19 Wähler, die am Sterbeort Viterbo zusammenkamen, zerfielen in zwei Blöcke. Eine Einigung schien von Anfang an aussichtslos. Aber da die Kardinäle ohnehin Immobilien in Viterbo besaßen, war es auch nicht allzu schlimm, pro forma täglich zur Wahl im Bischofspalast zu erscheinen und ergebnislos wieder auseinandergehen zu müssen, ein jeder in seine Residenz. Ein weiteres Pro für die Verzögerung dürfte auch gewesen sein, dass die Kardinäle während der Sedisvakanz auf die nicht unerheblichen Einnahmen des Papsttums zugreifen - und also in der Summe sehr gut mit der Patt-situation leben konnten.

Wer sich allerdings ärgerte, waren die Stadtväter von Viterbo, die die zerstrittenen Kardinäle beherbergen mussten. Um den Einigungswillen zu befördern, beschlossen sie nach und nach immer schärfere Maßnahmen. Zuerst wurden die Stadttore geschlossen, um zumindest die Abreise von Kardinälen zu verhindern - drei waren inzwischen verstorben - und auch um eine

weitere politische Einflussnahme von außen durch berittene Boten zu unterbinden. Nur mit einer Sondererlaubnis durfte etwa der schwer erkrankte Kardinal Enrico di Susa das Haus verlassen.

1270 ließ der Präfekt der Stadt die Streitähne einschließen und bewachen. Doch Speis und Trank blieben offenbar noch so gut, dass der Leidensdruck weiter erhöht werden musste. Im Frühjahr 1271 wurden die Rationen gekürzt; ohne Ergebnis. Im Sommer wurden die Kardinäle auf Wasser und Brot gesetzt; ohne Ergebnis. Im August schließlich, mitten in Italiens ärgster Sommerhitze, deckten wütende Bewohner das Dach des Bischofspalasts ab - um dem Heiligen Geist mehr Zuwege zu verschaffen.

So geschah es, dass am 1. September 1271, also 1.005 Tage nach dem Beginn, endlich eine Einigung zustande kam. Die Wahl fiel auf den 61-jährigen Italiener Tebaldo Visconti, Erzdiakon von Lüttich. Damit freilich war immer noch kein Papst vorhanden - denn der Erwählte war gerade als Heilig-Land-Pilger unterwegs. So dauerte es noch bis März 1272, bis Visconti in Rom eintraf, zum Priester geweiht und als Papst Gregor X. (1271-1276) inthronisiert wurde.

Gregor X. legte 1274 fest, dass die Kardinäle künftig das Wahllokal nicht mehr verlassen durften; ein Verfahren, das auch verschiedene italienische Stadtrepubliken so praktizierten. Während der Wahl durften sie zudem weder Einkünfte der päpstlichen Kammer noch sonstige Erträge des Papsttums an sich nehmen. So verdankt die katholische Kirche eine ihrer bis heute spannendsten Zeremonien am Ende jener allzu nervigen Wahl, die vor 750 Jahren begann.

Italienische Ordensfrau "Gerechte unter den Völkern"

Franziskanerin hatte während der deutschen Besatzung Italiens Juden in ihrem Konvent Schutz und Hilfe geboten

Rom, 27.11.2018 (KAP) Die italienische Ordensfrau Benedetta Pompignoli (1876-1968) ist posthum als "Gerechte unter den Völkern" geehrt worden. Die Franziskanerin hatte während der Zeit der deutschen Besatzung Italiens (1943/44) mehreren Juden in ihrem Konvent Schutz und Hilfe geboten, wie die vatikanische Zeitung

"Osservatore Romano" am Dienstag berichtete. Dafür wurde sie nun von der Jerusalemer Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem gewürdigt.

Als "Gerechte unter den Völkern" bezeichnet die Holocaust-Gedenkstätte Nicht-Juden, die in der Zeit des Nationalsozialismus ihr Leben aufs Spiel setzten, um Juden zu retten.

A U S L A N D

Müller: Straffällige Priester vor weltliches Gericht stellen

Früherer Präfekt der Glaubenskongregation vermisst tiefer gehende theologische Analyse zum sexuellen Missbrauch durch Priester - Kirche müsse echte Neuevangelisierung wagen, statt auf "Zug der Demoralisierung und Ent-Christianisierung" aufzuspringen

München, 27.11.2018 (KAP/KNA) Nach Ansicht von Kardinal Gerhard Ludwig Müller muss ein Priester, der eine Straftat begangen hat, zuerst nach weltlichem Recht wie alle Staatsbürger die Konsequenzen tragen. Sollte er sich etwa eines Sexualverbrechens insbesondere gegen Heranwachsende schuldig gemacht habe, müsse von übergeordneter kirchlicher Autorität zusätzlich ein kirchenrechtlicher Prozess folgen, erklärte der frühere Präfekt der Römischen Glaubenskongregation der "Passauer Neuen Presse" (Dienstag).

Hier werde nach Maßgabe des Rechts nicht eine zweite Strafe verhängt, sondern geprüft, ob überhaupt oder mit welchen Einschränkungen der Täter noch den priesterlichen Dienst versehen könne. Von diesem kirchenrechtlichen Prozess unabhängig sei die Fürsorge kirchlicher Stellen für die Opfer dieser furchtbaren Taten, sagte der Kardinal.

Weiter betonte Müller, dass es besonders verwerflich sei, wenn gerade ein Priester, "der ein guter Hirte sein soll, sich als Wolf entlarvt". Objektiv betrachtet müsse aber festgehalten werden, dass die meisten Priester sich nicht dieser Taten schuldig gemacht hätten und "gute und eifrige Seelsorger" seien.

Die voll berechnete Empörung über die Untaten individueller Personen dürfe nicht in die Ungerechtigkeit einer kollektiven Beschuldigung oder Verdächtigung umschlagen, ergänzte der frühere Glaubenspräfekt: "Wir beschuldigen auch nicht 'die' Ausländer oder 'die' Muslime oder 'die' Polizei, wenn ein Angehöriger dieser Gruppen und Institutionen eine Straftat begangen hat."

Theologische Analyse zu Missbrauch fehlt

Insgesamt vermisst Kardinal Müller eine tiefer gehende theologische Analyse zum sexuellen Missbrauch durch Priester, wie er in dem Zeitungsinterview weiter erklärte. Es gehe darum,

wieder mehr geistlich und theologisch zu werden und weniger politisch und zeitgeistig. So stelle sich etwa die Frage: "Warum gibt es in der Kirche, die Christus gestiftet und geheiligt hat, dennoch Sünder und sogar manchmal Verbrecher?"

Die Kirche sei nicht glaubwürdig durch die Summe ihrer moralisch einwandfreien Mitglieder, "sondern durch die frei uns geschenkte Gnade Gottes", erklärte der Dogmatiker weiter.

Unabhängig davon brauche es die Erneuerung des ethischen Verhalten und die Orientierung der Geistlichen an ihrem Auftrag, auf dem Weg der Nachfolge Christi mit gutem Beispiel voranzugehen. Eine verweltlichte Kirche könne der Welt allerdings keine Hoffnung geben. Statt auf den "Zug der Demoralisierung und Ent-Christianisierung" aufzuspringen, gelte es, eine echte Neuevangelisierung zu wagen.

"Zwangsjacke der political correctness"

Zugleich kritisierte der Kardinal, dass manche Bischöfe die Gläubigen verunsicherten, "weil sie in ihren Stellungnahmen nur dem Mainstream folgen". Sie ließen sich die "Zwangsjacke der political correctness anlegen, in der sie sich ungelenkt bewegen und nur lächerlich machen". Seiner Ansicht zufolge dürfen Bischöfe nicht zu-erst politisch agieren und denken, "um dann ihre Machtspiele pseudotheologisch einzukleiden".

Weiter äußerte sich Müller auch über das Verhältnis der Bischöfe und Kardinäle zum Papst. Nibelungentreue habe hier nichts zu suchen: "Wir sind Brüder und nicht Untertanen." Am meisten würden die Kardinäle und Bischöfe dem Papst helfen mit "qualifizierten Beiträgen, die sie mit männlicher Klarheit vortragen - ohne alles höfische Getue". Weiter fügte der Theologe hinzu: "Ich kenne wahrscheinlich besser die Theologie des päpstlichen Primates in seiner Bedeutung und seinen Grenzen als manche Dilettanten und Opportunisten, die sich ihm andienen wollen."

Zeitung: Missbrauch in Belgiens Kirche vor allem in Internaten

Mehr als 40 Prozent der Fälle sollen laut einem von der Bischofskonferenz beauftragten Report im schulischen Kontext stattgefunden haben

Brüssel, 27.11.2018 (KAP/KNA) Viele gemeldete Missbrauchsfälle in der katholischen Kirche Belgiens haben laut einem Medienbericht im schulischen Kontext stattgefunden. 43 Prozent der Fälle hätten sich in Schulen und deren Internaten abgespielt, rund ein Viertel in Pfarren, etwa jeweils 5 Prozent im Zusammenhang mit dem Ministrantendienst, in der Pflege und in der Jugendarbeit, berichtet die Brüsseler Zeitung "De Morgen" am Dienstag. Rund 15 Prozent der Betroffenen gaben an, in anderen Situationen missbraucht worden zu sein, etwa im familiären Umfeld.

Die Zahlen stammen demnach aus einem von der Bischofskonferenz beauftragten Bericht des Vorsitzenden der Interdiözesanen Schutzkommission für Kinder und Jugendliche, Manu Keirse. Der Report des emeritierten Professors für Psychologie der Katholischen Universität Leuven solle im Jänner veröffentlicht werden.

Mehr als 600 Fälle, die darin aufgearbeitet werden, seien bereits verjährt, hieß es. Zwischen 2012 und 2016 entschädigte die belgische Kirche 655 Opfer mit insgesamt 3,9 Millionen Euro.

2010 hatte sich die katholische Kirche verstärkt um die Aufklärung von Missbrauchsfällen gekümmert, nachdem bekannt geworden war, dass der emeritierte Bischof von Brügge, Roger Joseph Vangheluwe (82), seinen Neffen missbraucht hatte. Kurz darauf stürmten staatliche Missbrauchsermittler im Rahmen der "Operation Kelch" kirchliche Einrichtungen und beschlagnahmten Akten, Rechner und Handys der versammelten Bischöfe. Der damalige Brüsseler Erzbischof Andre Leonard und sein Vorgänger Kardinal Godfried Danneels mussten vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum Thema Missbrauch aussagen.

Orden: Salvatorianerinnen weltweit unter neuer Leitung

Kolumbianerin Maria Yaneth Moreno folgt auf Oberösterreicherin Edith Bramberger - Orden mit insgesamt rund 1.100 Schwestern in 28 Ländern präsent

Rom-Wien, 27.11.2018 (KAP) Leitungswechsel beim Orden der Salvatorianerinnen: Sr. Maria Yaneth Moreno Rodriguez aus Kolumbien wurde beim jüngsten Generalkapitel des Ordens in Rom zur neuen Generalleiterin gewählt. Sie folgt auf Sr. Edith Bramberger aus Oberösterreich, die dieses Amt seit 2013 ausübte.

Moreno ist die zehnte Generalleiterin der weltweiten Schwesterngemeinschaft. Sie wurde 1964 geboren und legte 1985 ihre erste Ordensprofess ab. Nach ihrer ursprünglichen Ausbildung zur Krankenschwester studierte sie Sozialwissenschaften und schloss mit einem Master in "intercultural education" ab. Mehr als 20 Jahre setzte sie sich vor allem für die indigene und afrokolumbianische Bevölkerung im vom Bürgerkrieg gezeichneten Bundesstaat Chocó ein. Als bischöfliche Mitarbeiterin prangerte sie

Menschenrechtsverletzungen an und engagierte sich für Gerechtigkeit und Frieden. 2011 wurde sie zur Leiterin der kolumbianischen Provinz der Salvatorianerinnen gewählt, bereits 2012 zur Vikarin in der Generalleitung in Rom berufen.

Weltweit gibt es rund 1.100 Salvatorianerinnen in 28 Ländern, die derzeit vor allem in den Bereichen Verkündigung und Kampf gegen Menschenhandel aktiv sind. Die knapp 100 Schwestern in der Provinz Österreich - dazu zählen auch neun Frauen in Ungarn sowie sieben in der Auslandsmission - sind u.a. im ordenseigenen Krankenhaus St. Josef (Wien), in Initiativen wie dem Ordensfrauen-NGO "Solwodi" für Opfer von Zwangsprostitution oder in der geistlichen Begleitung sowie der Mitarbeiter- und Führungskräftebegleitung aktiv.

US-Abtreibungsgegner: Kein Geld für Forschung mit Föten-Gewebe

Pro-Life-Aktivisten protestieren gegen staatliche Finanzierung von Forschungsprojekten mit Fötenzellen

Washington, 27.11.2018 (KAP/KNA) Abtreibungsgegner in den USA machen Front gegen die Freigabe von 100 Millionen US-Dollar an staatlichen Mitteln für biomedizinische Forschung, bei der Gewebe von Föten zum Einsatz kommt. Die Pro-Life-Aktivisten halten die Verwendung von Föten für Forschungszwecke für moralisch verwerflich. Die Haltung der Regierung in dieser Frage sei "sehr scheinheilig", sagte Tom Mc-Clusky vom "March for Life" der Zeitung "The Hill" (Montag Ortszeit). Die Finanzierung der Forschung mit Fötenzellen "überschattet viele der positiven Dinge, die von dieser Regierung unternommen wurden". In diesem Fall fehle die Konsequenz.

Der Konflikt mit der Pro-Life-Bewegung, einem politischen Verbündeten von US-Präsident Donald Trump, bringt das Nationale

Gesundheitsinstitut in eine schwierige Lage. Teile der Trump-Regierung befürworten den Einsatz von Föten, um lebensrettende Medikamente zu entwickeln. Andererseits lehnt eine Mehrheit unter den Republikanern die Nutzung von Föten-Gewebe aus ethischen und religiösen Gründen ab.

Unterstützer der Forschung an Föten verweisen auf die Entwicklung von Polio- und Masernimpfstoffen. Die Gegner halten diese Argumentation für veraltet und fordern moderne Alternativen. Als lebensbejahende Optionen nennen sie die Forschung mit adulten Stammzellen, Nachgeburtsgewebe und Zellen aus Nabelschnüren. Das Gesundheitsministerium in Washington will bis zu einer Entscheidung über den Einsatz von öffentlichen Mitteln in mehreren Anhörungen mit Befürwortern und Gegnern sprechen.

Zentralafrika: Kardinal warnt nach Massaker vor weiterer Gewalt

Blutiger Angriff auf Christen in Vertriebenenlager habe viele Menschen traumatisiert, schildert der Erzbischof von Bangui nach einem Besuch in der Stadt Alindao - Aus Deutschland stammender Ordensmann: UN versagen bei Flüchtlingsschutz in Zentralafrikanischer Republik

Rom-Bangui, 27.11.2018 (KAP) Nach dem Massaker an christlichen Flüchtlingen in der Zentralafrikanischen Republik fordert der katholische Erzbischof von Bangui mehr Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft für die anhaltende Gewalt in dem Land. "Wir können nicht schweigen", sagte Kardinal Dieudonne Nzapalainga bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Imam von Bangui, Oumar Kobine Layama, am Montag. Das Massaker von Alindao habe viele Menschen im Land traumatisiert, schilderte der Kardinal nach einem Besuch in der Stadt, wo bewaffnete Milizen Mitte November die örtliche Kathedrale sowie ein Vertriebenenlager für Zehntausende christliche Flüchtlinge angegriffen hatten. Bei den Kämpfen wurden nach unterschiedlichen Angaben bis zu 60 Menschen getötet. Auch der Generalvikar der Diözese Alindao kam ums Leben.

Für den Angriff werden Rebellen der "Unite pour la Paix en Centrafrique" (UPS) aus dem muslimisch dominierten ehemaligen Seleka-Milizenbündnis verantwortlich gemacht. Viele der Opfer

wurden laut Berichten offenbar erschossen, andere verbrannten in ihren Zelten, als die Rebellen das Lager umstellten. "Ich ging zu meinen toten Brüdern - sie wurden wie Tiere verbrannt", sagte Kardinal Nzapalainga nach Angaben der Nachrichtenagentur AFP. Die Menschen hätten alles verloren. "Ich sah Leute, die auf dem Boden nach den Überresten von verbranntem Reis kratzten", berichtete Nzapalainga.

Bewaffnete Gruppen im Land würden die Bevölkerung terrorisieren und blieben dafür ungestraft, prangerte der Erzbischof von Bangui in einem "Vatican News"-Interview an. Dazu kritisierte er die "Unfähigkeit" zentralafrikanischer Behörden wie auch der internationalen Gemeinschaft beim Schutz der Zivilbevölkerung. "Die Armen und die Kleinen haben auch Rechte. Ihr Leben muss respektiert werden. Hier sind friedenssichernde Maßnahmen notwendig", wurde Nzapalainga zitiert.

Die deutsche Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) hatte zuletzt der in der Zentralafrikanischen Republik stationierten UN-Friedens-

truppe MINUSCA ein Fehlverhalten beim Massaker von Alindao vorgeworfen. Dies müsse von unabhängiger Stelle untersucht werden, forderte die Organisation. Ein UN-Sprecher verwies darauf, dass die Zahl der Angreifer so groß gewesen sei, dass die vor Ort befindlichen 50 Soldaten die Flüchtlinge nicht hätten verteidigen können.

Auch der deutsche Ordensmann Olaf Derenthal, der Koordinator für Gesundheitsprojekte in der Diözese Alindao ist, warf den Vereinten Nationen Versagen beim Flüchtlingsschutz vor. "Denn die mauretanischen Kontingente der Blauhelmsoldaten machen gemeinsame Sache mit den mörderischen Seleka-Rebellen", sagte er dem deutschen Portal "weltkirche.katholisch.de". Die Soldaten haben seiner Ansicht nach das

Flüchtlingslager unzureichend geschützt, als die Milizionäre das Camp angriffen.

Schon vor Monaten habe der Bischof von Alindao in einem Brief auf dieses Problem hingewiesen. Jedoch hätten weder die Regierung noch die UN darauf reagiert. "Das ist ein Verbrechen, das die Vereinten Nationen hätten verhindern können", sagte Derenthal.

Der Ordensmann wolle auf keinen Fall alle Blauhelmsoldaten beschuldigen, betonte er. "Es gibt einige Kontingente, die das tun", sagte er. Das Problem betreffe nicht allein die mauretanischen Soldaten. "Es braucht den Abzug aller falschen Truppen der UNO-Mission Minusca, die gemeinsame Sache mit den Rebellen machen. Man sollte nur noch UN-Blauhelmsoldaten im Land lassen, die ihrer Aufgabe gerecht werden."

Tijuanas Erzbischof fordert Investitionen in Mittelamerika

Mittlerweile 6.000 Migranten in mexikanischer Stadt an Grenze zu USA eingetroffen - Erzbischof: Vor Ort helfen, damit Menschen nicht länger gezwungen sind, ihre Heimatländer wegen Armut und Perspektivlosigkeit zu verlassen

Mexiko-Stadt, 27.11.2018 (KAP/KNA) Angesichts der rund 6.000 in Tijuana eingetroffenen mittelamerikanischen Migranten hat Erzbischof Francisco Moreno Barron die USA und Mexiko zu gemeinsamen Anstrengungen zum Wohle der Herkunftsländer aufgerufen. Man müsse dort investieren, damit die Menschen nicht länger gezwungen seien, ihre Heimatländer wegen Armut und Perspektivlosigkeit zu verlassen.

Ausländerfeindliche Demonstrationen, aber auch Übergriffe seitens der Migranten hätten für ein negatives Bild Tijuanas in der Welt gesorgt. "Das ist nicht gerecht, das ist nicht wirklich so. Tijuana hatte immer ein offenes Herz und offene Armen für Migranten", so Moreno Barron

am Dienstag gegenüber der Tageszeitung "El Mexicano".

Am Wochenende hatten rund 500 Migranten nach einer zunächst friedlichen Demonstration versucht, die Grenze zu den USA zu stürmen. Die mexikanischen Behörden und die US-Grenzbeamten drängten die Migranten zurück. Dabei setzten die US-Kräfte auch Tränengas ein. Mexiko nahm rund 100 Personen fest, die in ihre Heimat abgeschoben werden sollen.

Der überwiegende Teil der Migranten stammt aus einer sogenannten Karawane aus Honduras, die Mitte Oktober in Richtung USA aufgebrochen war. Sie sind in einem Aufnahmelager in einem Sportkomplex in Tijuana in der Nähe der Grenze untergebracht.

Radio Maria Ungarn startet Internetradio für Roma

Onlinesender soll Roma im Glauben unterstützen, aber auch gegenseitigen Respekt zwischen Roma und Nicht-Roma fördern - Bischof Szekely: Gute Zukunft für Ungarn kaum vorstellbar, "wenn wir nicht lernen, einander zu respektieren"

Budapest, 27.11.2018 (KAP) In Ungarn gibt es ab sofort ein eigenes katholisches Internetradio für Angehörige der Romaminderheit. "Romano Maria Radio" ist ein Ableger von "Radio Maria Ungarn" und ging diese Tage unter dem Motto "Pe jekh shib" ("In einer Sprache") auf der Website www.romanomariaradio.hu online, wie die ungarische Nachrichtenagentur MTI berichtet. Der Sender solle die Roma in ihrem Glauben unterstützen, aber auch den gegenseitigen Respekt zwischen Roma und Nicht-Roma fördern, sagte der Romapastoral-Beauftragte der Ungarischen Bischofskonferenz, Bischof Janos Szekely, bei einem gemeinsamen Pressetermin mit Radio-Maria-Intendant Tamas Szabo zum Start des Onlineradios. Der gemeinsame Glaube sei dabei eine der grundlegendsten Verbindungen.

Die "unendliche Kluft zwischen der Mehrheits- und der Minderheitsgesellschaft" zähle zu den größten Herausforderungen der heutigen ungarischen Gesellschaft, sagte Radiochef Szabo. Egal welcher Hautfarbe und Muttersprache, die

Menschen seien "alle Gottes Schöpfungen", betonte Bischof Szekely. Eine gute Zukunft für Ungarn sei kaum vorstellbar, "wenn wir nicht lernen, einander zu respektieren", so der Bischof von Szombathely (Steinamanger). "Romano Maria Radio" spreche daher mit seinem Programm vor allem Roma an, wolle aber auch das gesellschaftliche Miteinander von Roma und Nicht-Roma fördern.

"Dazu braucht man aber auf beiden Seiten einen Brückenkopf", hob Szekely hervor: "Das heißt, es sollen glaubwürdige Roma zu Wort kommen, die für ihre Familien kämpfen und zu ihrem Glauben stehen und auch Nicht-Roma, die sich für ihre Roma-Mitmenschen einsetzen und gute zwischenmenschliche Beziehungen ausbauen wollen."

Schulbildung, Arbeitsplatz und die Förderung dessen, woran das eigene Herz hängt, seien auch die drei Säulen für den sozialen Aufstieg der Roma, sagte der Bischof. Bei "Romano Maria Radio" stehe Letzteres im Mittelpunkt.

	
<p>IMPRESSUM: Medieninhaber (Verleger) Herausgeber, Hersteller: Institut "Katholische Presseagentur" Chefredakteur & Geschäftsführer: Paul Wuthe Redaktion: Andreas Gutenbrunner, Henning Klingen, Franziska Libisch-Lehner, Robert Mitscha-Eibl, Franz Morawitz, Jennifer Mostögl, Johannes Pernsteiner, Georg Pulling Alle: A-1011 Wien, Singerstraße 7/6/2 (Postfach 551) Tel: +43 (0)1 512 52 83 Fax: +43 (0)1 512 18 86 E-Mail an die Redaktion: redaktion@kathpress.at E-Mail an die Verwaltung: buero@kathpress.at Internet: www.kathpress.at Bankverbindung: Schelhammer&Schattera Kto.Nr. 10.2343 BLZ 19190 IBAN AT22 1919 0000 0010 2343/ BIC:BSSWATWW DVR: 0029874(039)</p>	